STADT BÜRGER DIALOG

STÄDTE-BAUFÖRDERUNG 2004-2014

Stadt Bürger Dialog

Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR FINANZEN UND WIRTSCHAFT

STADT BÜRGER DIALOG

STÄDTE-BAUFÖRDERUNG 2004-2014

Stadt Bürger Dialog

Unterstützt durch unsere Partner

Architektenkammer Baden-Württemberg

Arbeitsgemeinschaft Baden-Württembergischer Bausparkassen

Arbeitsgemeinschaft der Sanierungs- und Entwicklungsträger Baden-Württemberg

Hochschule für Technik Stuttgart

Gemeindetag Baden-Württemberg

SI Städtebau-Institut Universität Stuttgart

Städtetag Baden-Württemberg

Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR FINANZEN UND WIRTSCHAFT

Inhalt

8 **FÜNF FRAGEN AN …**

12 **STATEMENT**
Arbeitsgemeinschaft
Baden-Württembergischer
Bausparkassen

13 **PLACEBO ODER PARTIZIPATION?**
Prof. Dr. Klaus Selle

19 **STATEMENT**
Arbeitsgemeinschaft der
Sanierungs- und
Entwicklungsträger
Baden-Württemberg

20 **STATEMENT**
Gemeindetag
Baden-Württemberg

21 **PROJEKTAUFRUF**

22 **PREISTRÄGER & ANERKENNUNGEN**
Übersicht

23 **STATEMENT**
Architektenkammer
Baden-Württemberg

24 **KONGRESS**

27 **STATEMENT**
Städtebau-Institut
der Universität Stuttgart

28 **PREISTRÄGER**
Kategorie Großstädte
28 Karlsruhe
30 Stuttgart
32 Ulm

34 **PREISTRÄGER**
Kategorie Mittelstädte
34 Göppingen
36 Ludwigsburg
38 Offenburg

40 **PREISTRÄGER**
Kategorie Kleinstädte
40 Grenzach-Wyhlen
42 Steinach im Kinzigtal
44 Uhingen

46 **ANERKENNUNGEN**
46 Deißlingen
47 Mannheim
48 Schönwald i. S.
49 Freiburg i. Br.
50 Heidelberg
51 Altensteig

52 **STADT BÜRGER DIALOG**
Songtext von Lauter Leise

Fünf Fragen an …

1

WARUM IST EIN PROJEKT WIE STADT BÜRGER DIALOG AUS IHRER SICHT WICHTIG?

2

WORIN SEHEN SIE DIE GRÖSSTEN CHANCEN DER INTERGRIERTEN STADTENTWICKLUNG?

3

WAS IST IHRE EINDRÜCKLICHSTE PERSÖNLICHE BETEILIGUNGSERFAHRUNG?

4

ZU WELCHEM THEMA WÜRDEN SIE SICH IN IHRER STADT GERNE PERSÖNLICH BETEILIGEN?

5

AUSBLICK: WIE, DENKEN SIE, WIRD BÜRGERBETEILIGUNG IN DER STÄDTEBAULICHEN ERNEUERUNG IN ZEHN JAHREN GELEBT WERDEN?

Axel Graser

JOURNALIST BEIM SWR UND MODERATOR DES KONGRESSES STADT BÜRGER DIALOG AM 12. MAI 2015

Weil es für mich Sinn macht, an einem Forum teilzunehmen, bei dem Bürgerbeteiligungs-Erfahrungen ausgetauscht werden. Als Journalist lerne ich an Beispielen, was schon „geht“, welche Projekte warum wie gut und erfolgreich gelaufen sind. Und der Diskurs, welche Chancen unter welchen Bedingungen die Etablierung einer Beteiligungskultur für die Gestaltung unserer Lebensräume in Stadt und Gemeinde hat, liefert einen wertvollen Input für meine Arbeit.

Alles hängt mit allem zusammen: Wie können wir uns wohlfühlen, da, wo wir leben? Integrierte Stadtentwicklung bietet mehr Chancen für die Identifikation der Stadtgesellschaft, von Bürgerinnen und Bürgern mit ihrer Stadt / ihrem Quartier und ob sie sich mit ihrem Lebensumfeld „eins“ fühlen. Die Chance, dass bürgerschaftliches Engagement steigt, wird größer und nützt uns allen.

Die kommt wahrscheinlich erst noch. Ich bin sehr gespannt auf das Beteiligungsverfahren für das Stuttgarter Rosensteinviertel. Ich möchte mich dort als Stuttgarter Bürger intensiv einbringen.

Die Entwicklung des Geländes hinter dem Stuttgarter Hauptbahnhof, das sogenannte Rosensteinviertel, bietet Chancen und Risiken für die Entwicklung Stuttgarts. Ich träume von einem ökologischen Musterviertel im Herzen der Stadt mit bezahlbarem Wohnraum, Kneipen, Kulturorten, vielleicht auch autofrei? Da möchte ich mich als Bürger der Stadt einbringen.

Bürgerbeteiligung kommt, immer stärker. Bürgerinnen und Bürger werden sich noch mehr einbringen, auch weil in zehn Jahren eine bürgerbeteiligungserfahrene Generation (die Babyboomer) in Rente sein wird und Zeit hat, sich noch mehr zu engagieren. Für die Planerseite gilt ähnliches. Bürgerbeteiligungsverfahren sind heute schon Teil der Ausbildung von Stadtplanern etc. Da kommt Schwung ins System.

Gudrun Heute-Bluhm

GESCHÄFTSFÜHRENDES VORSTANDSMITGLIED DES STÄDTETAGS BADEN-WÜRTTEMBERG

Bürgerbeteiligung ist ein Schlagwort geworden, unter dem die verschiedenen Beteiligten unterschiedliche Prozesse verstehen. In der Stadterneuerung trifft die klassische Bürgeranhörung im Bauleitplanverfahren auf vorgelagerte Fragestellungen. Das Projekt unternimmt den Versuch, die Spielräume aufzuzeigen, die auch in herkömmlichen Entscheidungsprozessen und Verwaltungsverfahren für die Einbeziehung der Bürgerschaft bestehen, und dabei zu verdeutlichen, welche unterschiedlichen Wirkungen zwischen Anhörung, Abwägung und echter Mitwirkung an der Entscheidung bestehen.

Im besten Fall lernen die unterschiedlichsten Gruppen der Stadtgesellschaft, einander wieder mehr zuzuhören und ihre jeweils unterschiedlichen Bedürfnisse zu erkennen und zu respektieren. Die Verwaltung kann profitieren, wenn sie ihre eigene Wahrnehmung von als Sachzwang empfundenen Entscheidungssituationen erklären muss und dabei neue Lösungsansätze erkennt – oder ihre Sicht der Dinge überzeugend vermitteln kann.

Vor über 20 Jahren konnte ich als Umweltdezernentin erfahren, dass in einem schwierigen und umstrittenen Altlastensanierungsverfahren die Einbeziehung der betroffenen BewohnerInnen zu deutlicher Entspannung der Situation führte. Entscheidend war damals, dass ich Entscheidungsspielräume der Behörde aufzeigen konnte und die Betroffenen in die Abwägungsprozesse einbezogen habe.

Wäre ich eine unbekannte Bürgerin meiner Stadt, würde ich mich gern in den umfassenden Leitbildprozess einbringen, den wir seit 1998 wiederkehrend geführt haben. Da ich jedoch als Oberbürgermeisterin von Lörrach 19 Jahre gestalten durfte, beschränke ich mich nun im Rahmen meiner Möglichkeiten auf tätige Mithilfe und Unterstützung und die Aufgabe als Kreisrätin.

Ich wünsche mir, dass wir der Versuchung widerstehen, die nunmehr für richtig gehaltenen Beteiligungsverfahren normativ zu regeln. Dies führt zur Erstarrung, wie die Einführung der frühzeitigen Beteiligung nach dem Baugesetzbuch zeigt. Ich hoffe, dass sich eine mutige Entscheidungskultur entwickelt, bei der die Verwaltung die Bürgerschaft zu einem offenen Dialog einlädt, dieser aber auch zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen geführt wird. Die größte Herausforderung liegt darin, auch die Gruppen der Stadtgesellschaft für ihre Stadt zu interessieren, die bisher erst bei eigener Betroffenheit als Gegner eines Projektes in Erscheinung treten.

	1 / WARUM IST EIN PROJEKT WIE STADT BÜRGER DIALOG AUS IHRER SICHT WICHTIG?	2 / WORIN SEHEN SIE DIE GRÖSSTEN CHANCEN DER INTERGRIERTEN STADTENTWICKLUNG?	3 / WAS IST IHRE EINDRÜCKLICHSTE PERSÖNLICHE BETEILIGUNGSERFAHRUNG?	4 / ZU WELCHEM THEMA WÜRDEN SIE SICH IN IHRER STADT GERNE PERSÖNLICH BETEILIGEN?	5 / AUSBLICK: WIE, DENKEN SIE, WIRD BÜRGERBETEILIGUNG IN DER STÄDTEBAULICHEN ERNEUERUNG IN ZEHN JAHREN GELEBT WERDEN?
 Peter Hofelich, MdL STAATSSEKRETÄR IM MINISTERIUM FÜR FINANZEN UND WIRTSCHAFT BADEN-WÜRTTEMBERG	Weil es die kommunale Selbstverwaltung bekräftigt. Mit **STADT BÜRGER DIALOG** unterstreichen wir als Landesregierung: Stadtentwicklung und Stadterneuerung sind nur im Dialog mit der Bürgerschaft lebendig und zukunftsfähig. Zwar liegt es in der Verantwortung der Kommunen, wie sie ihre Prozesse gestalten. Aber wir als Landesregierung setzen das Signal, welch hohe Bedeutung wir dem Thema beimessen. Und dadurch, dass **STADT BÜRGER DIALOG** eine Vielzahl von Partnern hat, wird dieser Anspruch in den unterschiedlichen, fachlichen Verantwortungsbereichen weitergetragen.	In der Stärkung des Bürgerbewusstseins in unseren Städten und Gemeinden. Unsere Gesellschaft ist unglaublich komplex mit unterschiedlichen Ansprüchen, Interessen und Notwendigkeiten. Unsere Kommunen stehen dabei im Brennpunkt. Nur wenn wir im Sinne der integrierten Stadtentwicklung von Beginn an alle Sichtweisen einbinden, kann eine nachhaltige Erneuerung und Weiterentwicklung unserer Städte und Gemeinden gelingen. Der faire Umgang mit allen – oft gegensätzlichen – Interessen ist wesentliches Merkmal einer lebendigen Demokratie. Der Wille zur Gestaltung soll dabei im Vordergrund stehen.	Eine Umfrage zur Zukunft unseres kommunalen Schwimmbads. Die Resonanz, die begleitenden Gespräche und die Ideen waren hervorragend. Am Ende war durch die Umfrage klar, dass unsere Bürgerschaft die rechtwinklige Grundfläche des Bades, einschließlich einer 50-Meter-Bahn, erhalten sehen wollte.	Das Miteinander von Läden, Werkstätten aller Art, öffentlichen Einrichtungen und Straßenraum in einer zukunftsgerechten Weise zu planen und umzusetzen.	Die Stadt erlebt als Kommunikationsraum eine Renaissance. Sie wird dabei auch wirtschaftlich und sozial gefordert. Sie nimmt die Impulse der Digitalisierung und Internationalisierung produktiv auf. Die Bürgerbeteiligung hat dafür die Voraussetzung geschaffen, weil sie von den Beteiligten auch als eine Selbstverpflichtung für ihr eigenes Konsumverhalten und ihre soziale Teilhabe begriffen wurde. Damit wird Beteiligungskultur in allen Bereichen der Gestaltung von Stadt zur Normalität. Die Stadterneuerung ist hierfür ein hervorragendes Pflaster, da die Menschen den städtischen Raum als zivilisatorischen Fortschritt stärken.
 Prof. Dr.-Ing. Detlef Kurth PROFESSOR AN DER FAKULTÄT FÜR ARCHITEKTUR UND GESTALTUNG DER HOCHSCHULE FÜR TECHNIK STUTTGART	Der Projektaufruf war eine gute Initiative, die bürgernahe Stadterneuerungspolitik Baden-Württembergs besser bekannt zu machen. Im Land wird seit 40 Jahren eine erfolgreiche Stadterneuerung betrieben, viele Ortskerne und Wohngebiete wurden baulich saniert. Beim **STADT BÜRGER DIALOG** ging es um die Frage, wie die Städtebauförderung künftig noch stärker auf soziale Probleme und Polarisierungen reagieren kann. Dafür spielen aktive Beteiligungsansätze und soziale Konzepte eine immer größere Rolle.	Da es bei der Stadterneuerung immer weniger um bauliche, und mehr um soziale und ökonomische Themen wie Ladenleerstand, Brachen, Nachbarschaftskonflikte und Benachteiligungen geht, müssen sich auch die Planungsinstrumente ändern. Das klassische Sanierungskonzept nach § 141 BauGB muss ergänzt werden um integrierte Stadtteilentwicklungskonzepte, die auf gesamtstädtischen Konzepten basieren. Neben dem Städtebau müssen darin auch Themen wie Sozialraum, Ökonomie, Infrastruktur, Energie u.a. behandelt werden, und zwar in einem integrierten Verständnis.	Die Beiträge für den Projektaufruf waren sehr heterogen, je nach Förderschwerpunkt und nach Stadtgröße. Während die Beiträge aus der Sozialen Stadt in der Regel über eine intensive und aktivierende Beteiligungspolitik verfügen, die während der gesamten Laufzeit aufrechterhalten wird, findet man in anderen Verfahren zum Teil nur formale, zeitlich begrenzte Beteiligungsansätze. Neben den umfassenden Ansätzen in einigen Großstädten waren sicher die kleineren Städte beeindruckend, die mit wenig Ressourcen und großem Engagement eine partizipative Erneuerungspolitik umgesetzt haben.	Ich würde mich bei einem Stadtteilentwicklungskonzept in alle Themenbereiche aktiv einbringen wollen. Interessieren würden mich vor allem Zukunftsvisionen, wie der Stadtteil angesichts des demografischen und klimatischen Wandels neu gestaltet werden kann. Ich könnte es mir auch vorstellen, an Instrumenten wie dem Verfügungsfonds oder einer Standortgemeinschaft aktiv mitzuwirken, um mich persönlich in die Stadterneuerung einzubringen.	Eine intensive, fortwährende Bürgerbeteiligung sollte künftig nicht nur in Soziale-Stadt-Gebieten, sondern in allen Stadterneuerungsgebieten die Regel sein, und zwar kombiniert mit einem umfassenden integrierten Stadtteilentwicklungskonzept. Dafür braucht es in der Anfangsphase auch entsprechende Ressourcen für professionale Planungsbüros und Beteiligungsträger. Stadterneuerung kann einen Stadtteil nur dann dauerhaft stabilisieren, wenn die Bürgerschaft von Anfang an aktiv eingebunden wird und wenn eine tragfähige Zivilgesellschaft entsteht.
 Monika Neuhöfer-Avdić ARCHITEKTIN UND STADTPLANERIN, BAUAMTSLEITERIN DER GEMEINDE GRENZACH-WYHLEN, PREISTRÄGER-KOMMUNE BEIM STADT BÜRGER DIALOG	Stadtentwicklungsplanung ist in erster Linie dem Gemeinwohl verpflichtet. Die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig in diese Planungen einzubeziehen, in einen Dialog über die Stadt mit ihnen zu treten sowie einen Dialog über die Stadt in der Bürgerschaft zu initiieren, ist die Grundvoraussetzung dafür, dass dieser Verpflichtung nachgekommen werden kann. Der **STADT BÜRGER DIALOG** schafft eine wertvolle Ideen- und Austausch-, Kennenlern- und Werbeplattform der dazu notwendigen Kommunikations- und Beteiligungsprozesse.	Die größte Chance ist ihre ganzheitliche Sichtweise sowie der grundlegende Ansatz, die Bürgerinnen und Bürger außerhalb der formal vorgesehenen Beteiligung frühzeitig in die Entwicklungsplanung ihrer Stadt einzubeziehen.	Großes Ziel in unserem Beteiligungsprojekt „Neue Mitte – mach mit!“ war, alle Bevölkerungsgruppen in den Planungsprozess einzubinden. Am Rande einer Planungswerkstatt mit Schülerinnen und Schülern sprach mich ein Schüler an und formulierte seine Entwurfsgedanken so kreativ, präzise und fundiert, dass ich nur dachte: „Wenn aus Dir mal nicht ein Stadtplaner wird!“ Es hat mir erneut gezeigt, dass es ausschließlich lohnend ist, die Bevölkerung frühzeitig in Planungsprozesse einzubinden.	Eine spannende Herausforderung in Grenzach-Wyhlen wird die Aufnahme und Integration 200 neuer Mitbürgerinnen und Mitbürger aus weiten Teilen der Erde sein, die im kommenden Jahr bei uns Zuflucht und ein neues Zuhause finden werden. Unser Ziel ist, integrierende Kommunikations- und Beteiligungsformate zu entwickeln, zu erfinden oder neue kennenzulernen – über Sprachen, Kulturen und Religionen hinweg. Auf diese Herausforderung freue ich mich sehr.	Ich sehe schon jetzt einen Wandel im weiten Feld der Beteiligung: weg von einer überwiegend dialogorientierten hin zu einer aktionsorientierten Kommunikation am Ort des Geschehens. Dies wird sich gewiss noch verstärken. Ich sehe auch, dass die neuen Beteiligungsformate eine gewisse Leichtigkeit und bewusste Niederschwelligkeit beinhalten. Und sie verbindet alle das Ziel, Prozessfreude zu entfachen. Das ist gut so, denn Bürgerbeteiligung soll vor allem eins: attraktiv sein und Spaß machen.

» Wohnen ist mehr als nur ein Dach über dem Kopf. «

Jens Kuderer

GESCHÄFTSFÜHRER DER
ARBEITSGEMEINSCHAFT
BADEN-WÜRTTEMBERGISCHER
BAUSPARKASSEN

Wohnen ist mehr als nur ein Dach über dem Kopf. Wie man wohnt und lebt, ist für alle Menschen von großer Bedeutung, und das konkrete Wohnumfeld ist einer der wichtigsten Faktoren, damit man sich in seiner Wohnung auch zu Hause fühlt. Die Arbeitsgemeinschaft Baden-Württembergischer Bausparkassen (ARGE) und ihre Mitgliedsinstitute Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, Deutsche Bausparkasse Badenia AG, LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg und Wüstenrot Bausparkasse AG helfen den Menschen seit vielen Jahrzehnten, sich ihren Wunsch nach einem Zuhause zu erfüllen. Sie setzen sich aktiv in Politik und Gesellschaft für lebenswerte Wohnorte ein, in denen sich die Menschen wohl fühlen.

Die Städtebauförderung hat viel zur Attraktivität der Gemeinden Baden-Württembergs beigetragen. Die Gestaltung und vor allem die Sanierung der Wohnquartiere ist angesichts andauernder Innenverdichtung wichtiger denn je. Die Bewohner der Sanierungsgebiete sind noch unmittelbarer betroffen, und die Immobilien werden immer mehr Regularien unterworfen. Daher ist es umso wichtiger, Eigentümer und Bewohner bei kommunalen Entwicklungsprojekten in die Konzeptionierung einzubinden. So sichert man sich ihre Veränderungsbereitschaft und gewährleistet vor allem, dass das Ergebnis auch im Sinn der direkt Betroffenen ist und es auch nach der Sanierung noch „ihr“ Quartier ist.

Viele Wettbewerbsbeiträge zeigen, wie sich die beiden wichtigsten Dinge bei der Bürgerbeteiligung umsetzen lassen: die Offenheit gegenüber Vorschlägen aus der Bevölkerung und dass die Bürgerinnen und Bürger, die beteiligt werden, wirklich das Quartier repräsentieren und nicht nur eine besonders engagierte Minderheit. Diese guten Beispiele auszuzeichnen und so allen Gemeinden im Land als Anregung zu präsentieren, war für die ARGE mehr als Grund genug, sich an **STADT BÜRGER DIALOG** zu beteiligen.

PROF. DR. KLAUS SELLE

Placebo oder Partizipation?

Stadtentwicklung kommunikativ gestalten – Anmerkungen zum Stand der Bürgerbeteiligung

Wer sich heute ein Bild von Bürgerbeteiligung in Prozessen der Stadtentwicklung machen will, sieht Widersprüchliches: Auf der einen Seite nimmt die Zahl ernsthafter Partizipationsprozesse zu. Hier wird ein breiter Akteurskreis differenziert in Erörterungen einbezogen, deren Ergebnisse erkennbar im weiteren Planungs- und Entscheidungsprozess aufgegriffen werden. Aber auf der anderen Seite gibt es immer noch und immer wieder Beteiligungsangebote, die ihren Namen nicht verdienen. Denn da ist nichts, an dem man sich mit Aussicht auf Wirkung beteiligen könnte, nichts, das noch zu erörtern wäre. Alles Wesentliche ist intern bereits festgelegt. Was bleibt, ist bestenfalls ein Placebo, ist ein Versprechen, das nicht eingelöst wird.

Dieses widersprüchliche Bild kann hier nicht in ausreichender Detaillierung dargestellt werden. Die folgenden Anmerkungen sind daher lediglich Schlaglichter, die auf einige aktuelle Entwicklungen geworfen werden.

VORKLÄRUNGEN

Wer über Beteiligung sprechen will, muss zunächst klären, was gemeint ist. Sonst drohen Missverständnisse. Daher stehen auch hier Vorklärungen am Anfang:

1. Die kommunikativen Bezüge zwischen den Akteuren der Stadtentwicklung lassen sich in vier Kategorien unterteilen:

- *Informieren:* In der Regel versteht man darunter, dass die Stadt über Pläne und Vorhaben informiert. Aber auch die Hinweise, die Bürgerinnen und Bürger – etwa über die Situation in ihrem Lebensumfeld – geben, bilden ein wichtiges Informationspotenzial.
- *Partizipieren:* Mit diesem Wort wird in den Fachdiskussionen ein breites Spektrum von Teilhabemöglichkeiten bezeichnet, was häufig zu Verwirrungen führt. Im Vordergrund stehen zwar zumeist

verschiedene Formen der Mitwirkung an Meinungsbildungsprozessen. Aber Teilhabe wird gelegentlich auch auf Mitentscheiden und sogar auf Formen direkter Demokratie wie Bürgerentscheide bezogen. Hier sind also Unterscheidungen vonnöten.

- *Koordinieren:* Wenn große Organisationen (wie städtische Verwaltungen) mit ihrer „Außenwelt“ kommunizieren, müssen sie sich nach innen abstimmen. Gerade dort, wo das nicht klappt, merkt man dann, wie wichtig diese interne Kommunikation ist.
- *Kooperieren:* Bürgerinnen und Bürgern sind auf vielfache Weise selbst aktiv – ob ehrenamtlich in Vereinen, etwa im Sport, im Sozial- und Kulturbereich, als Mäzene und Förderer oder als Grundstückseigentümer (z. B. in Immobilien- und Standortgemeinschaften). Daraus ergeben sich in vielen Bereichen der Stadtentwicklung auch Kooperationen z. B. mit städtischen Dienststellen etc.

Hier kann nur ein kleiner Ausschnitt aus dieser Vielfalt von Kommunikationsbezügen näher betrachtet werden: Es geht um (wechselseitige) Information zu Fragen der Stadtentwicklung und um die Teilhabe an Meinungsbildungsprozessen. Daraus ergibt sich auch eine klare Aufgabenverteilung zwischen

- Bürgerinnen und Bürgern, deren Gesichtspunkte in die Erörterungen zu Plänen und Projekten einfließen und
- Verwaltungen, die diese und andere Aspekte in die Abwägungsprozesse einbeziehen.

So entsteht eine breite und fundierte Grundlage für die nachfolgenden Entscheidungsprozesse der lokalen Politik, die etwa in Bebauungsplänen, in der Umgestaltung städtischer Räume etc. ihren Niederschlag finden.

2. Wenn wir über Stadtentwicklung reden, ist zu Beginn eine zweite Klarstellung wichtig: Es gibt eine alte Vorstellung, die ganz viele Diskussionen über Beteiligung prägt: Da scheint „die“ Stadt „der“ Öffentlichkeit gegenüberzustehen. Dieses bilaterale Bild trifft aber die Wirklichkeit nicht: Tatsächlich besteht die Öffentlichkeit aus vielen „Teilöffentlichkeiten“ – von Verbänden und Institutionen über Vereine und Initiativen bis zu den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern mit ihren vielfach heterogenen Interessen und Meinungen. Darüber hinaus gibt es eben so wenig „die“ Politik wie „die“ Verwaltung. Beides sind wieder komplexe Welten, die, je größer die Stadt ist, umso vielfältiger und facettenreicher sein können. Die Kommunikationsprozesse, von denen hier die Rede ist, finden zwischen und mit diesen vielen Akteuren statt. Sie sind also „multilateral“ und entsprechend differenziert zu gestalten.

Und noch etwas ist hier von Belang. Vieles von dem, was in den Städten geschieht, ist nicht von Entscheidungen der lokalen Politik oder kommunalen Planungen abhängig, sondern geschieht sozusagen auf eigene Rechnung. Das gilt für große Teile des wirtschaftlichen Handelns, aber natürlich auch für das schon erwähnte bürgerschaftliche Engagement. Stadtentwicklung ist also Resultat des Handelns vieler. Die Bürgerbeteiligung (an kommunalen Plänen etc.), von der hier die Rede ist, bezieht sich also immer nur auf Teilaspekte städtischer Entwicklung. Diese begrenzte Reichweite wird in vielen Partizipationsprozessen nicht hinreichend deutlich gemacht, was nicht selten auf allen Seiten für Irritationen sorgt.

GRÜNDE FÜR BÜRGERBETEILIGUNG

Heute ist es eigentlich nicht mehr notwendig, auf die vielen Gründe für Öffentlichkeitsbeteiligung hinzuweisen. Sie sind seit Jahrzehnten immer wieder benannt worden und haben inzwischen Eingang in Gesetze, Programme und Politikkonzepte gefunden. Erwähnt sei hier nur z. B. die Leipzig Charta von 2007, in der auf europäischer Ebene das Grundverständnis von integrierter Stadtentwicklung so beschrieben wird: „Integrierte Stadtentwicklungspolitik ist ein Prozess. In diesem Prozess findet die Koordinierung zentraler städtischer Politikfelder in räumlicher, sachlicher und zeitlicher Hinsicht statt. Die Einbeziehung der wirtschaftlichen Akteure, Interessengruppen und der Öffentlichkeit sind hierbei unabdingbar.“

„Einbeziehung aller Akteure“ wird allerdings gelegentlich stark verkürzt interpretiert. Man müsse, so heißt es da, „die Menschen mitnehmen“. Aber ist „Mitnehmen“ eigentlich „Beteiligung“? Hört man genauer hin, wird deutlich, dass das zumeist nicht gemeint ist. Hinter der Formulierung steckt vielmehr zumeist die Absicht, etwas, das ohnehin geschehen soll, so zu „kommunizieren“, dass es keine Widerstände gibt. Kurzum: Mitnehmen ist nicht Beteiligen. Im besten Fall geht es dabei um Information. Allerdings sollte man auch diese Aufgabe nicht gering schätzen. Gäbe es eine gute, das heißt frühzeitige, umfassende und auf Transparenz zielende Information zu allen wichtigen Vorhaben der Stadtentwicklung, wäre schon viel erreicht. Die politische Kultur begänne sich zu wandeln. Und es wären gute Grundlagen für echte Beteiligung gelegt.

Insofern plädiere ich dafür, erst einmal gut zu informieren – und zwar im oben beschriebenen wechselseitigen Sinne. Und so lange auf Beteiligung zu verzichten, wie man nur „mitnehmen“ will.

Von Beteiligung hingegen sollte man nur dann sprechen, wenn der Prozess der Meinungsbildung tatsächlich noch nicht abgeschlossen ist und die Ergebnisse gemeinsamer Erörterungen sichtbar in die späteren Entscheidungen einfließen. Das ist in sehr vielen Prozessen, die „Beteiligung“ auf ihre Fahnen geschrieben haben, aber nicht der Fall.

FEHLENTWICKLUNGEN

Es ist schon deutlich geworden: Beteiligung, die ihren Namen verdient, ist eher Ausnahme als Regel. Der inhaltliche Gehalt vieler Verfahren scheint umgekehrt proportional zu ihrer Zahl zu sein. Tatsächlich wird ja „seit Stuttgart“ immer mehr um die Öffentlichkeit geworben. Zu allem und jedem soll sie einbezogen, gehört oder – siehe oben – mitgenommen werden. Die Zahl der mit viel Aufwand verkündeten und durchgeführten Foren, Arenen, Werkstätten etc. ist geradezu explosionsartig angewachsen. Und auch der mediale Aufwand, der dabei betrieben wird.

Bei alledem fühlt man sich an Neil Postman erinnert, der sich in den 80er-Jahren kritisch mit dem Verhältnis von Medien und Politik auseinandersetzte und zu dem Ergebnis kam, die Darstellung der Politik gleiche sich den Gesetzen des Showbusiness an. Eine mögliche Folge: Wir Medienkonsumenten werden trotz der Bilderflut schlechter informiert als zuvor.

Man könnte mit Blick auf die heutige Beteiligungslandschaft, Postman variierend, etwas überspitzt formulieren: Statt substanzieller Diskurse zur Stadtentwicklung im Kontext einer lebendigen lokalen Demokratie werden vielfach „Events“ veranstaltet, mit denen Teilhabe an Meinungsbildung und Entscheidungen inszeniert wird. So wird Infotainment zum „Particitainment“.

Aber selbst dort, wo man sich um substanzhaltige Erörterungen und den transparenten Umgang mit ihren Ergebnissen bemüht, kann immer noch manches negativ verlaufen. Vier Beispiele:

- Die Verfahren, Inhalte und Darstellungsweisen der räumlichen Planung sind für die meisten Menschen schwer verständlich. Das machen wir Fachleute uns nur selten klar. Oft bearbeiten wir Probleme, die diejenigen, mit denen wir reden wollen, gar nicht haben. Und das, was wir an Schemata, Symbolen und Plänen zeigen, macht das nicht klarer. Die Planungsdezernentin einer deutschen Großstadt hat das selbstkritisch einmal so ausgedrückt: „Wer das Interesse der Menschen an Musik fördern will, wird sie nicht erst lehren, eine Partitur zu lesen."
- Ein Beteiligungsprozess wird mit viel gutem Willen gestartet und unter Einbeziehung externer Fachleute kundig betrieben. Dann liegt das Ergebnis vor. Die Beauftragung der Externen endet. Und vorbei ist es mit der Kommunikation. Die bislang Beteiligten haben auf einmal keine Ansprechpartner mehr. Die vorher intensiv geführten Dialoge mit der Stadtgesellschaft wurden abrupt beendet. Die aufgebauten Netzwerke, etwa zu den verschiedenen Fachöffentlichkeiten, verdorren. Das alles ist für die, die sich zuvor engagierten, schwer zu verstehen. Und wird sie skeptisch werden lassen gegenüber neuerlichen Einladungen zu anderen Dialogen.
- Das Ergebnis der gemeinsamen Erörterungen liegt vor. Vieles davon fand auch Eingang in den Plan oder das Projekt. Aber dann wird ein neuer Oberbürgermeister gewählt, die Dezernentin verlässt die Stadt oder die politischen Mehrheiten ändern sich – und der Plan landet in den Schubladen. Aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger ist das nicht nachzuvollziehen. Schließlich sehen sie ihre Äußerungen weiterhin als gültig an. Sie haben jetzt den Eindruck, dass man daran aber nun nicht mehr interessiert ist.
- Noch häufiger ist zu beobachten, dass die Ergebnisse der Erörterungen mit der Öffentlichkeit irgendwo „versickern". Es ist nicht mehr nachzuvollziehen, was mit ihnen geschieht. Das frustriert viele und erzürnt manche. Keinesfalls aber motiviert so etwas dazu, noch einmal an Prozessen ähnlicher Art mitzuwirken.

Eben das ist der problematische Effekt, wenn wir zu viel Beteiligung ohne Wirkung erzeugen. Je mehr auf diese Weise beteiligt wird, umso schlechter steht es um die Chancen einer neuen Beteiligungskultur.

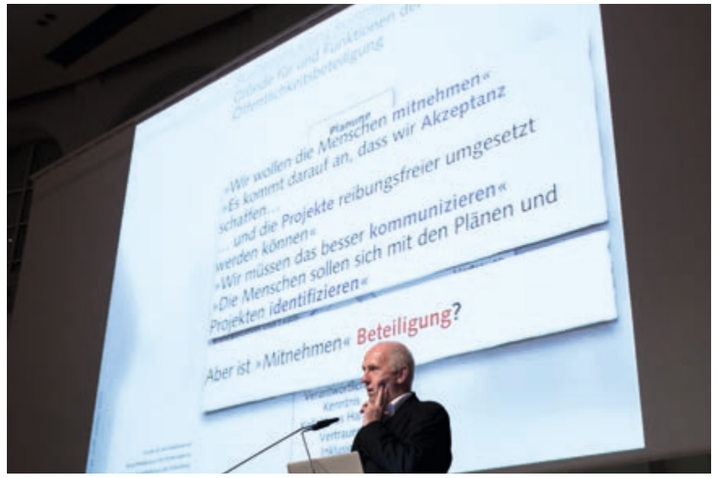
FÜNF FRAGEN

Einige einfache Fragen, die ihren Ursprung in der Sesamstraße haben, können helfen, kritisch an die Gestaltung partizipativer Prozesse heranzugehen. Dabei ist es besonders wichtig, nicht gleich mit der Frage nach den Verfahren und Methoden zu beginnen. Am Anfang muss vielmehr die Frage nach der Substanz, nach dem *Was* stehen:

Um was geht es eigentlich? Über was kann noch mit Aussicht auf Wirkung gesprochen werden? Wer eigentlich setzt die Themen? Nur diejenigen, die planen? Oder fragt man auch mal, was diejenigen, die man da beteiligen will, für Aufgaben sehen? Einem Bericht über eine Bürgerversammlung wurde einmal die folgende Überschrift gegeben: „Planer suchen Bürger, Bürger suchen Beteiligung." Das bringt das Problem exakt auf den Punkt.

In diesem Zusammenhang kann es auch hilfreich sein, sich einmal zu fragen: Bin ich denn wirklich neugierig auf die Sichtweisen und Überlegungen der Beteiligten? Erwarte ich tatsächlich substanzielle inhaltliche Impulse aus den Dialogen? Und, noch weitreichender: Was müsste sich ändern, damit das der Fall sein könnte?

Von großer Bedeutung für jede Form der Mitwirkung ist natürlich auch die Frage nach dem *Wer*, nach denen, die sich da beteiligen. Da fällt die Antwort zumeist ernüchternd aus: Bei gesamtstädtischen Plänen ist es in Großstädten selten mehr als ein Prozent der Bevölkerung, eher weniger. Der Anteil steigt etwas bei ganz konkreten Veränderungen im Lebensumfeld – oder dort, wo es „Aufregerthemen" gibt. Aber eines bleibt gewiss: In den klassischen Formen der Angebotsbeteiligung wird man nie auch nur näherungsweise das Spektrum der Stadtgesellschaft selbst abbilden.



Die so entstehenden Meinungsbilder müssen also immer korrigiert werden: sei es durch aufsuchende Beteiligung, durch den Einsatz von repräsentativeren Dialogformen, durch das Hinzufügen anderer Belange in den Abwägungsprozessen und / oder durch einen entsprechend sensibilisierten politischen Entscheidungsprozess.

Lange Zeit führte die Frage nach dem *Wann* zu scharfen Debatten. So früh wie möglich, sagten die einen. Aber man muss doch schon etwas in der Hand haben, erwiderten die anderen. Inzwischen scheint sich aber die Auffassung durchzusetzen, dass die klassische DAD-Vorgehensweise (Decide, Announce, Defend) ein „Auslaufmodell" ist, weil es immer wieder dazu führt, dass die Planenden, die erst intern beschließen und das dann nach außen verkünden, in die Defensive geraten. Und seitdem die Stadtgesellschaft das Mittel der Bürgerentscheide entdeckt hat, können auch Vorhaben sang- und klanglos ganz verschwinden. Mehr Umsetzungssicherheit hat man hingegen in einem Prozess, der dem EDD-Prinzip (Engage, Deliberate, Decide) verpflichtet ist. Das heißt, man beginnt bereits mit der Frage, was eigentlich das Problem und die Aufgabe ist, versucht dann gemeinsam Lösungswege zu identifizieren, entscheidet dann möglichst im Konsens, welchen Weg man einschlägt, und nutzt bei der Umsetzung möglichst kooperative Handlungsoptionen. Für manche mag das noch utopisch klingen. Aber insbesondere dort, wo man auf die Mitwirkungsbereitschaft vieler angewiesen ist, lassen sich inzwischen zahlreiche Praxisbeispiele benennen: von der Umgestaltung öffentlicher Räume, über die Einbettung großer Bauvorhaben in den städtebaulichen und planerischen Kontext bis hin zu großen Stadtentwicklungsprojekten.

Bleibt zuletzt die Frage nach dem *Wie*? Es gibt unendlich viele Methoden, und in vielen Kommunen bedient man sich auch dieses Repertoires auf kundige Weise. Allerdings zäumt man dabei gelegentlich das Pferd von hinten auf – statt zunächst nach Substanz und Akteurskreis zu fragen, um dann das passende Vorgehen festzulegen, beginnt man nicht selten mit dem Griff in den Methodenkoffer. Das führt nicht immer zu sinnvollen Lösungen. Aber eines lässt sich sagen: Es fehlt uns, entgegen anderslautenden Meldungen, nicht an Methoden, Formaten, Techniken.

Letztlich sind auch nicht sie es, die über den Erfolg der Kommunikation zu Fragen der Stadtentwicklung entscheiden. Von ungleich größerer Bedeutung ist der Stand der Beteiligungskultur vor Ort.

AUF DEM WEG ZU EINER ANDEREN BETEILIGUNGSKULTUR

Eingangs wurde es schon erwähnt: Die guten Beteiligungsbeispiele sind oft Ausnahmen von der Regel. Manche bezeichnen sie gelegentlich auch als Sahnehäubchen auf dem ansonsten – zumindest in partizipativer Hinsicht – trockenen Schwarzbrot des Alltags. Aus der Sicht der Stadtgesellschaft ist das aber schwer zu verstehen: Hier umworben, dort düpiert. Hier intensiver Dialog, dort „Basta-Politik". Dieses Neben- und Gegeneinander verträgt Beteiligungskultur nicht. Man kann das Engagement der Menschen für ihre Stadt nicht nach Belieben an- oder abschalten. Und wichtiger noch: Schlechte Erfahrungen entwerten positive Ansätze und setzen eine Negativspirale wechselseitiger Vorurteile in Gang.

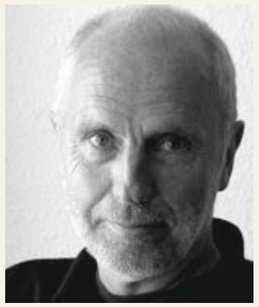
Gefragt ist also nachhaltiger Kulturwandel. Es gilt, Standards guter Kommunikation in der Breite und für den Alltag der Stadtentwicklung durchzusetzen und verlässlich einzuhalten.

„Bürgerbeteiligung fängt im Kopf der Entscheider an“, hat der Politikwissenschaftler Roland Roth einmal gesagt. Damit traf er einen wunden Punkt, denn die notwendigen Veränderungen in den Köpfen öffentlicher wie privater Entscheider sind bislang vielfach nicht weitreichend genug.

Aber Beispiele, wie die im **STADT BÜRGER DIALOG** vorgestellten, lassen hoffen. Hier werden Wandlungen erkennbar. Und in manchen der Städte, die mitgewirkt haben, scheint der Wandel in der Beteiligungskultur schon deutlich fortgeschritten. Manches ist natürlich noch tastend und zögernd. Aber ein Anfang ist auch da gemacht. Bleibt zu wünschen, dass sich das verstetigt. Denn mit der Herausbildung einer Beteiligungskultur, die ihren Namen verdient, sind zahlreiche Veränderungen verbunden. Arbeitsweisen, Rollenbilder und Kommunikationsformen lassen sich nicht über Nacht umkrempeln. Das benötigt viel Zeit, langen Atem, Verlässlichkeit und Kontinuität.

Hinweise

- Vieles, was hier nur angedeutet oder ganz ausgelassen wurde, findet sich in: Klaus Selle (2013): Über Bürgerbeteiligung hinaus… Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe? edition stadt | entwicklung. Detmold [Rohn Verlag]
- Der Lehrstuhl Planungstheorie und Stadtentwicklung an der RWTH Aachen setzt sich in den Jahren 2015–2017 intensiv mit planungs- und projektbezogenen Kommunikationsprozessen auseinander, in die ein breites Spektrum von Akteuren gezielt und differenziert einbezogen wird. Für Hinweise auf interessante Fälle sind wir dankbar: multikom@pt.rwth-aachen.de



KLAUS SELLE

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus Selle ist Inhaber des Lehrstuhls Planungstheorie und Stadtentwicklung an der RWTH Aachen und befasst sich seit vielen Jahren u.a. mit der kommunikativen Gestaltung von Stadtentwicklungsprozessen.

Artur Maier

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SANIERUNGS- UND ENTWICKLUNGSTRÄGER BADEN-WÜRTTEMBERG UND GESCHÄFTSFÜHRER DER STEG STADTENTWICKUNG GMBH

»Der Dialog zwischen Stadt und Bürger führt zu mehr Transparenz sowie insgesamt zu einer Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements.«

Gute Bürgerbeteiligung betrifft nahezu alle kommunalen Handlungsfelder und Entscheidungen. Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg hat im Jahr 2014 das Format **STADT BÜRGER DIALOG** geschaffen. Gemeinsam mit Partnern aus Wissenschaft und Praxis, u.a. mit den rund 20 Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft der Sanierungs- und Entwicklungsträger, sollen Beispiele herausgearbeitet und Impulse für eine inhaltliche Weiterentwicklung gegeben werden. Speziell mit Blick auf die über 1.000 laufenden Sanierungsmaßnahmen wird die seit Rechtskraft des Städtebauförderungsgesetzes im Jahr 1971 geübte Praxis der umfassenden Beteiligung deutlich. Mit den Eigentümern, Mietern und Nutzern im Sanierungsgebiet werden Probleme und Lösungen möglichst frühzeitig und vor allem fortlaufend erörtert. Darüber hinaus werden die Beteiligten beraten und motiviert, an der Entwicklung ihres Stadtteils oder Ortskerns aktiv mitzuwirken. Durch das koordinierte Miteinander von öffentlichen und privaten Projekten wird der Erfolg städtebaulicher Maßnahmen entscheidend erhöht.

Der Dialog zwischen Stadt und Bürger führt zu mehr Transparenz sowie insgesamt zu einer Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Sanierungsziele werden in Leitlinien einer gesamtstädtischen Betrachtung eingebunden. Bereits die Erarbeitung dieser Gemeinde- und Stadtentwicklungskonzepte erfolgt unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger beispielsweise über Planungsworkshops, Quartiersrundgänge und moderierte Arbeitskreise. Diese Formen der aktiven Bürgerbeteiligung benötigen Ressourcen, neben Personal insbesondere auch Zeit, was wiederum Auswirkungen auf die Dauer der Vorbereitung von städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen hat. Eingebrachte Vorschläge und Ideen werden selbstverständlich mit einer gewissen Erwartung an Berücksichtigung und Realisierung verknüpft. Nicht zuletzt deshalb sind Bürgerbeteiligungsprozesse auf ihre Ergebnisse hin zu evaluieren, um somit zu einem erfolgreichen und verstetigten **STADT BÜRGER DIALOG** zu gelangen.

»Nur ein informierter Bürger ist ein mündiger Bürger.«

Ingo Hacker

BÜRGERMEISTER, NEUHAUSEN AUF DEN FILDERN, VORSITZENDER DES BAU- UND VERKEHRSAUSSCHUSSES DES GEMEINDETAGS BADEN-WÜRTTEMBERG

Lidija Dalmatin

REFERENTIN GEMEINDETAG BADEN-WÜRTTEMBERG

Bürgerbeteiligung wird von vielen eingefordert, von Politikern auf der einen Seite und von Bürgerinnen und Bürgern auf der anderen. Eine Stadt, eine Gemeinde lebt durch ihre Einwohner, durch ihre Einzigartigkeit, die sich zu einer Vielfalt summiert. Bürgerbeteiligung ist wichtig und in vielen Bereichen sinnvoll, auch bei städtebaulichen Erneuerungen und Stadtentwicklungsprozessen. Nur ein informierter Bürger ist ein mündiger Bürger.

Aber Bürgerbeteiligung hat per se Grenzen. Deshalb ist es wichtig, in allen Prozessen der Bürgerbeteiligung von Anfang an zielorientiert mit einem definierten Zeitplan und einer klaren Struktur zu arbeiten. Und noch wichtiger ist es, den engagierten Bürgerinnen und Bürgern von Anfang an deutlich zu machen, dass sie zwar am Meinungsbildungsprozess beteiligt sind und in diesem Teil des Entscheidungsprozesses ihre Interessen, Ideen und Wünsche platzieren können. Dass aber die letztliche Entscheidung die von ihnen gewählten Vertreterinnen und Vertreter in dem demokratisch legitimierten Gremium treffen. Sonst folgt der Lust an der Beteiligung unweigerlich der Frust.

Projektaufruf

Im Jahr 2014 kam das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg mehrfach mit verschiedenen Akteuren aus Hochschulen, kommunalen Spitzenverbänden sowie fachlichen Verbänden mit dem Ziel zusammen, die enge Verbindung zwischen Städtebauförderung und Bürgerbeteiligung in der öffentlichen Wahrnehmung zu stärken. Ergebnis war der Projektaufruf **STADT BÜRGER DIALOG**, den das Ministerium gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Baden-Württembergischer Bausparkassen, der Arbeitsgemeinschaft der Sanierungs- und Entwicklungsträger Baden-Württemberg, der Architektenkammer Baden-Württemberg, dem Gemeindetag und dem Städtetag Baden-Württemberg sowie der Hochschule für Technik Stuttgart und dem Städtebau-Institut der Universität Stuttgart im Sommer 2014 initiierte.

Bürger und Bürgerinnen zu informieren, sie mitwirken und mitentscheiden zu lassen, hat gerade in der städtebaulichen Erneuerung – insbesondere bei der Erarbeitung integrierter Stadtentwicklungskonzepte – eine lange Tradition. Mit **STADT BÜRGER DIALOG** sollte der landesweite Austausch zu diesem wichtigen Thema angestoßen und befördert werden.

Städte und Gemeinden aller Größen konnten sich mit ihren gelungenen Stadterneuerungsmaßnahmen aus den Jahren 2004 bis 2014 bewerben, die auf der Grundlage integrierter Entwicklungs- und Beteiligungskonzepte geplant und umgesetzt werden und wurden. Gesucht wurden Projekte, die im Hinblick auf ihre besondere Herangehensweise Vorbildcharakter haben.

Aus den Einreichungen wählte eine Jury am 30. Januar 2015 neun Preisträger aus. Ausschlaggebende Kriterien für die Auswahl waren die Qualität der integrierten Stadtentwicklungskonzepte sowie Zeitpunkt, Intensität und Wirkung der Bürgerbeteiligung. Da die Rahmenbedingungen in den Kommunen je nach Größe stark voneinander abweichen, wurden die Preisträger differenziert nach Groß-, Mittel-, und Kleinstädten. Für einzelne, beispielhafte Aspekte vergab die Jury zusätzlich sechs Anerkennungen in den Kategorien frühzeitige Partizipation in der Stadtentwicklungsplanung, sozialorientierte Stadterneuerung und Wohnungspolitik sowie umfassende Partizipation bei städtebaulichen Wettbewerben.

Ab Seite 28 werden alle Preisträger und Anerkennungen vorgestellt. Die allgemeinen Sanierungsziele, Art, Umfang und Wirkung der Bürgerbeteiligung, Fotos und die Begründung der Jury geben einen umfassenden Einblick in die Projekte. Deutlich wird: Für Bürgerbeteiligung gibt es nicht das eine, allzeit und überall passende Format. Je nach den örtlichen Gegebenheiten und dem eigentlichen Beteiligungsgegenstand unterscheiden sich die Prozesse in ihrer Ausgestaltung deutlich. Wesentlich für alle sind aber Offenheit, Transparenz und tatsächliche Einwirkungsmöglichkeit, die von den Verantwortlichen für diese Prozesse garantiert werden.

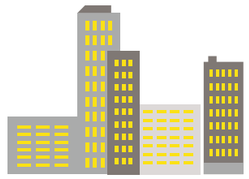
MITGLIEDER DER JURY WAREN:

- *Jürgen Katz, Arbeitsgemeinschaft Baden-Württembergischer Sanierungs- und Entwicklungsträger*
- *Jens Kuderer, Arbeitsgemeinschaft Baden-Württembergischer Bausparkassen*
- *Prof. Dr. Markus Müller, Ministerium für Finanzen und Wirtschaft*
- *Andrea Nußbaum, Städtetag Baden-Württemberg*
- *Prof. Dr. Franz Pesch, Universität Stuttgart - Städtebau Institut*
- *Matthias Schuster, Architektenkammer Baden-Württemberg*
- *Prof. Dr. Klaus Selle, RWTH Aachen*
- *Kurt Werner, Gemeindetag Baden-Württemberg*

Die Vorprüfung erfolgte federführend durch Prof. Dr. Detlef Kurth und Prof. Dr. Christina Simon-Philipp (Hochschule für Technik Stuttgart) sowie Anja Chwastek (Architektenkammer Baden-Württemberg) und Annette Zeigermann-Kienzle / Christiane Kalka (Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg).

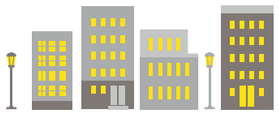
Die Jury wählte folgende Städte und Gemeinden als beispielhaft aus:

Preisträger



KATEGORIE GROSSSTÄDTE

1 Stadt Karlsruhe
Sanierungsgebiet Mühlburg
2 Stadt Stuttgart
Sanierungsgebiet Bad Cannstatt - Hallschlag
3 Stadt Ulm
Sanierungsgebiet Weststadt

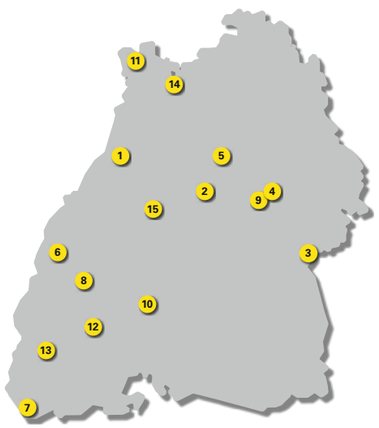


KATEGORIE MITTELSTÄDTE

4 Stadt Göppingen
Sanierungsgebiet Neuordnung Bahnhofsumfeld
5 Stadt Ludwigsburg
Sanierungsgebiet Grünbühl-Sonnenberg/ Karlshöhe
6 Stadt Offenburg
Sanierungsgebiet Nordweststadt

KATEGORIE KLEINSTÄDTE

7 Gemeinde Grenzach-Wyhlen
Sanierungsgebiet Ortsmitte Grenzach
8 Gemeinde Steinach im Kinzigtal
Sanierungsgebiet Ortsmitte
9 Stadt Uhingen
Sanierungsgebiet Oberdorf



DIE 15 AUSGEZEICHNETEN KOMMUNEN

Anerkennungen

ANERKENNUNG FÜR FRÜHZEITIGE PARTIZIPATION IN DER STADTENTWICKLUNGSPLANUNG

10 Gemeinde Deißlingen *Sanierungsgebiet Neue Ortsmitte*
11 Stadt Mannheim *Sanierungsgebiet Konversion Benjamin-Franklin-Village*
12 Gemeinde Schönwald im Schwarzwald *Sanierungsgebiet Ortsmitte*

ANERKENNUNG FÜR SOZIALORIENTIERTE STADTERNEUERUNG UND WOHNUNGSPOLITIK

13 Stadt Freiburg im Breisgau *Sanierungsgebiet Weingarten-West*
14 Stadt Heidelberg *Sanierungsgebiet Emmertsgrund*

ANERKENNUNG FÜR UMFASSENDE PARTIZIPATION BEI STÄDTEBAULICHEN WETTBEWERBEN

15 Stadt Altensteig *Sanierungsgebiet Untere Stadt II*

Markus Müller

PRÄSIDENT DER ARCHITEKTENKAMMER BADEN-WÜRTTEMBERG

»Beteiligung ergänzt auf wirksame Weise die Fachkompetenz von Politik und Planung.«

Die Beteiligungskultur in Baden-Württemberg ist erfreulicherweise ideologisch wenig überformt und vermag es, eine hohe Identifikation mit Projekten und Prozessen zu schaffen. Mit Blick auf die Zielsetzungen von Bauprojekten können die Instrumente der Partizipation geprüft und weiterentwickelt werden. So ergänzt Beteiligung auf wirksame Weise die Fachkompetenz von Politik und Planung. Ihr möglicher Einsatzbereich ist vielfältig.

Der Wettbewerb **STADT BÜRGER DIALOG** hat gezeigt, dass die Kommunen im Land die Beteiligung der Bürgerschaft an Planungsprozessen ernst nehmen. Dabei sind die kleineren Kommunen, die keine eigenen Stäbe zur Durchführung von Partizipationsverfahren einsetzen können, zwar häufig auf externe Anbieter angewiesen, die Beteiligungsverfahren werden aber den individuellen Gegebenheiten angepasst, wodurch sie am Ende umso innovativer sind.

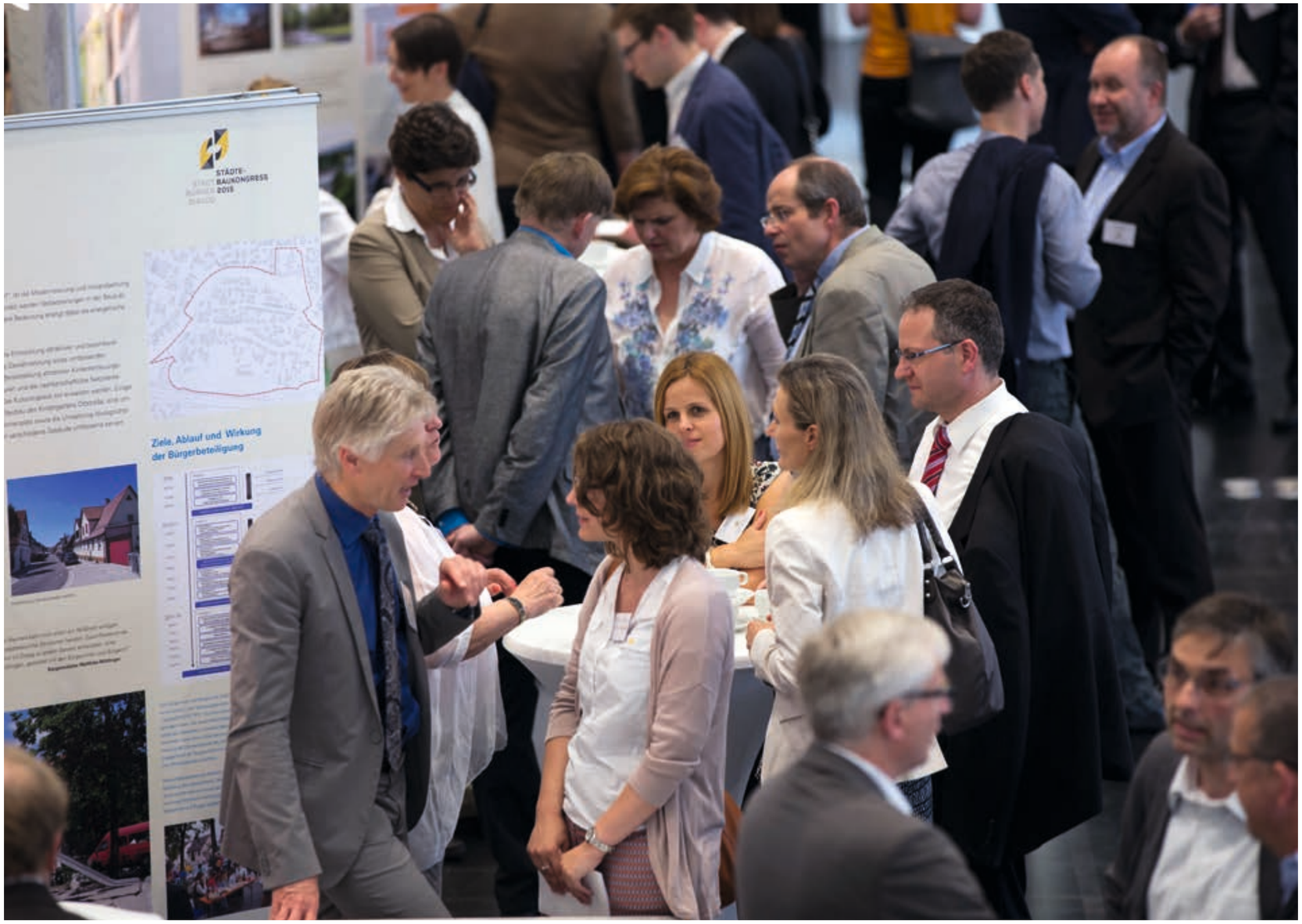
Diese kleineren Kommunen erhielten deshalb zu Recht eine Auszeichnung. Nun ist es insbesondere an ihnen, als Botschafter zu wirken und Hemmschwellen für ein ähnliches Engagement bei anderen zu senken. Denn die zahlreichen beispielhaften Beteiligungsprozesse im Wettbewerb **STADT BÜRGER DIALOG** sollen Vorbildfunktion haben und zum Nachahmen einladen. Dabei stehen Aspekte wie Angemessenheit der Verfahren, Umfang und Umsetzungschancen im Fokus.

Die Architektenkammer begrüßt daher, dass ab 2015 im Rahmen der Städtebauförderung auch finanzielle Mittel für nichtinvestive Maßnahmen bereitgestellt werden. Diese haben eine enorme Bedeutung, insbesondere vor dem Hintergrund der weiter steigenden Zahl von Flüchtlingen, für die wir in unseren Städten, Orten und Quartieren gute Voraussetzungen für die Integration schaffen möchten.

Der Kongress

STADT BÜRGER DIALOG – das hieß für die Auslober des Projektaufrufs nicht nur, beispielhafte Projekte der Bürgerbeteiligung in Stadterneuerungsprozessen auszuzeichnen. Wesentliches Ziel eines solchen Aufrufs ist auch stets, den Austausch und den Dialog über wichtige Themen im Land unter den Akteuren anzustoßen und zu befördern.

Am 12. Mai 2015 fand daher im Haus der Wirtschaft in Stuttgart der Kongress **STADT BÜRGER DIALOG** statt. Nach Impulsvorträgen von Prof. Dr. Klaus Selle von der RWTH Aachen und Bürgermeister Karl Langensteiner-Schönborn aus Konstanz diskutierten Vertreterinnen und Vertreter der Projektpartner sowie der ausgezeichneten Kommunen unterschiedliche Aspekte der Bürgerbeteiligung. Höhepunkt der Veranstaltung war die Preisverleihung durch Staatssekretär Peter Hofelich, der die ausgewählten Städte und Gemeinden mit einer Urkunde und einer Bronzeplakette ehrte.



In einer als Marktplatz konzipierten Ausstellung präsentierten sich sowohl die ausgezeichneten Kommunen als auch die Partner des Projektaufrufs. Hier gab es intensive Gespräche und den Austausch von Ideen.

Durch den Kongress führte Axel Graser vom SWR. Umrahmt wurde die Veranstaltung durch das Ensemble LAUTER LEISE aus Stuttgart, das sich in seinen Darbietungen auf künstlerisch-musikalische Art und Weise mit dem Thema Bürgerbeteiligung auseinandersetzte.

Prof. Dr. Martina Baum

DIREKTORIN DES STÄDTEBAU-INSTITUTS
DER UNIVERSITÄT STUTTGART

»Der Bürger bietet Raumwissen und Aktivitätspotenzial. Diese Ressourcen gilt es im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu aktivieren und dauerhaft zu nutzen.«

Eine Stadt besteht nicht nur aus Häusern, Straßen und öffentlichen Räumen, sondern vor allem auch aus den Menschen, die sie zu ihrem Lebensort machen. Die Entwicklung von Stadt zu diskutieren, Visionen zu entwickeln, für Planungsaufgaben zu sensibilisieren und nicht zuletzt Bürger zu aktiven Stadtproduzenten zu machen, sind wichtige Aufgaben der Stadtplanung.

Das Städtebau-Institut der Universität Stuttgart hat sich am **STADT BÜRGER DIALOG** beteiligt, da wir uns schon seit vielen Jahren innerhalb und außerhalb der Hochschule mit Planungsprozessen befassen. Wir haben uns gefreut, dass wir unser Erfahrungswissen einer reflektierten Praxis in die Vorbereitung des Städtebaukongresses einbringen und bei der Beurteilung der eingereichten Projekte in der Jury mitwirken konnten.

Der Bürger bietet Raumwissen und Aktivitätspotenzial. Diese Ressourcen gilt es im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu aktivieren und dauerhaft zu nutzen. Wie dies gelingen kann, zeigen die Projekte der letzten Jahre. Eine der wichtigen Erkenntnisse daraus lautet, dass es dazu einer Kultur der Kommunikation und der Beteiligung bedarf, aber auch der Kompetenz der Menschen, als aktive Bürger einer Stadt zu handeln.

Dringender Handlungsbedarf wird darin gesehen, den Bürger nicht nur für Planung zu sensibilisieren und in Planungsprozesse einzubinden, sondern den Bürger vielmehr zu befähigen, selbst als Stadtproduzent, Entwickler und Bauherr aufzutreten, auch und gerade in Konkurrenz zu klassischen Entwicklern und Investoren. Dazu muss auch die öffentliche Hand neue Vergabeverfahren nutzen. Städte wie München (sozialgerechte Bodennutzung) oder auch Hamburg (Anhandgabeverfahren) machen es vor: Nicht das höchste Angebot, sondern die größtmögliche Bereicherung für die Stadt und Stadtgesellschaft geben den Ausschlag für oder gegen ein Projekt!

KATEGORIE GROSSSTÄDTE

Stadt Karlsruhe

Sanierungsgebiet Mühlburg

DATEN & FAKTEN

Stadt: Stadt Karlsruhe
Regierungsbezirk: Karlsruhe
Einwohner: rund 300.000
Name des Sanierungsgebiets: Mühlburg
Förderprogramm: Soziale Stadt
Förderzeitraum: 2007 – 2017
Fördermittel: 6,3 Mio. Euro

ZIELE DES SANIERUNGSVERFAHRENS

Im Rahmen der vorbereitenden Untersuchungen und der Bürgerbeteiligung haben sich als Schwerpunktthemen die soziale und kulturelle Integration, die Verkehrsbelastung, die Gestaltung der öffentlichen Plätze und Straßenräume sowie die Erneuerung von Spielflächen herauskristallisiert. Zudem stand der zentrale Einkaufsbereich, das B-Zentrum Mühlburg, im Fokus. Zur Stärkung der lokalen Identität und zur Verbesserung der Wohn- und Arbeitsverhältnisse wurden folgende Zielsetzungen und Maßnahmen festgelegt:

Aufwertung des B-Zentrums

- Umbau große Rheinstraße
- Stabilisierung des vorhandenen Versorgungsangebots
- Steigerung der Attraktivität der Geschäfte
- Einschränkung der Ausbreitung von Vergnügungsstätten

Aufwertung Wohnen und Wohnumfeld

- Aufwertung / Umgestaltung von Plätzen und weiteren Erschließungsbereichen verbunden mit Verkehrsberuhigungsmaßnahmen
- Neugestaltung der Spielplätze im Quartier und Anlage eines zusätzlichen Bolzplatzes
- Anlegung von Radfahrstreifen und Radwegen
- Aktive und passive Lärmschutzmaßnahmen
- Erneuerung von Gebäuden
- Aufwertung von Freiräumen / Entsiegelung und Begrünung von Innenhöfen

Soziale und kulturelle Integration

- Verstetigung des Bürgerzentrums sowie sozialer und kultureller Projekte zur Stärkung des „Wir-Gefühls“

Aufwertung Fliederplatz mit saniertem Kinder- und Jugendtreff Mühlburg im Hintergrund

Kinder- und Jugendbeteiligung zur Gestaltung eines neuen Bolzplatzes, 2010

ZIELE, ABLAUF UND WIRKUNG DER BÜRGERBETEILIGUNG

Im Beteiligungsprozess Soziale Stadt Karlsruhe-Mühlburg ging es darum, Maßnahmen entsprechend den Anliegen und Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln und auszugestalten. Ein weiteres Ziel war es, die Beteiligten auch aktiv in die Umsetzung einzubeziehen und dadurch die Identifikation mit dem Stadtteil und das bürgerschaftliche Engagement zu stärken. Bereits im Rahmen der vorbereitenden Untersuchungen war die Öffentlichkeit einbezogen (Umfrage, Stadtteilspaziergang). Die weitere Beteiligung erfolgte durch thematische Workshops und Arbeitsgruppen zu Themen wie Integration, Verkehrsbelastung, Gestaltung öffentlicher Plätze und Straßenräume sowie Treffpunkte.

Darüber hinaus wurden zielgruppenspezifische Beteiligungsangebote erprobt:

- Jugendbeteiligung durch Film, Theater und Internet
- Spielleitplanung mit Kindern
- Seniorenbeteiligung im Rahmen des EU-Projekts „Quality Ageing“

Im Ergebnis wurden und werden zahlreiche Straßen und Plätze umgestaltet. Ergebnisse der Jugendbeteiligung waren u. a. die Schaffung eines neuen Bolzplatzes sowie die Sanierung und Erweiterung des Kinder- und Jugendtreffs inklusive des gewünschten Jugendcafés. Aus der Bürgerbeteiligung heraus haben sich mit dem Kulturnetzwerk und dem Verein Bürgerzentrum zwei Vereine gegründet, um die Ansätze der Sozialen Stadt zu verstetigen.

»Der Beteiligungsprozess ›Soziale Stadt Karlsruhe-Mühlburg‹ zeigt, dass Bürgerbeteiligung sowohl zu bedarfsgerechten baulichen Lösungen führt als auch das soziale Miteinander und bürgerschaftliche Engagement fördert. So gründeten Bürgerinnen und Bürger einen Verein zum Betrieb eines Bürgerzentrums sowie ein Kulturnetzwerk, das mit seinen Veranstaltungen den Stadtteil nachhaltig bereichert.«

Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup

BEGRÜNDUNG DER JURY

Gewürdigt wird ein umfassender partizipativer Ansatz der Sozialen Stadt, der seit acht Jahren kontinuierlich verfolgt wird und nach Abschluss der Sanierungsmaßnahme ab 2015 verstetigt werden soll. Über ein Stadtteilmanagement wurden Ziele der sozialen und kulturellen Integration verfolgt, unterstützt durch eine Aufwertung der öffentlichen Plätze und Straßenräume sowie die Schaffung von Treffpunkten für die Bevölkerung.

Die intensive und aktivierende Bürgerbeteiligung erfolgte bereits frühzeitig im Rahmen der Erstellung des integrierten Stadtentwicklungskonzepts. Es wurden Arbeitskreise zu unterschiedlichen Schwerpunktthemen gebildet, die Arbeitskreis-Sprecher wurden in die Lenkungsgruppe der Bürgerschaft gewählt. Regelmäßige Stadtteilkonferenzen sowie ein städtebaulicher Planungsworkshop gewährleisteten eine kontinuierliche Beteiligung. Dies wurde ergänzt durch innovative und zielgruppenspezifische Beteiligungsangebote wie Spielleitplanung, Jugendbeteiligung durch Film, Theater und Internet sowie das Seniorenprojekt „Quality Ageing“.

Ein Kinder- und Jugendtreff einschließlich Jugendcafé wurde saniert und erweitert. Das ehrenamtlich betriebene Bürgerzentrum mit einer Stadtteilbibliothek als Lern- und Begegnungsort sowie ein Kulturnetzwerk verbessern das Image des Stadtteils. Außerdem wurden zwei neue Vereine (Kulturnetzwerk und Verein Bürgerzentrum) gegründet, über die Ansätze der sozialen Stadterneuerung verstetigt werden können.

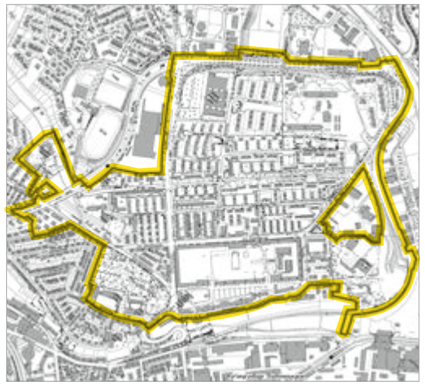
Bund-Länder-Programm
'SOZIALE STADT'
Karlsruhe

SPIEL LEITPLANUNG
Karlsruhe-Mühlburg
im Programm 'Soziale Stadt'

KATEGORIE GROSSSTÄDTE

Stadt Stuttgart

Sanierungsgebiet Bad Cannstatt – Hallschlag



DATEN & FAKTEN

Stadt: Stuttgart
Regierungsbezirk: Stuttgart
Einwohner: rund 592.900
Sanierungsgebiet:
Bad Cannstatt 20 – Hallschlag
Förderprogramm: Soziale Stadt
Förderzeitraum: 2007 – 2015
Fördermittel: 7,55 Mio. Euro

ZIELE DES SANIERUNGSVERFAHRENS

- Aufwertung des Stadtteils
- Entwicklung einer neuen Identität
- Entwicklung einer deutlich breiteren sozialen Bevölkerungsdurchmischung
- Entwicklung einer breiten und tragfähigen Bürgerbeteiligung
- Schaffung eines breiten Wohnungsangebotes durch sozialverträgliche Modernisierung
- Aufwertung des öffentlichen Raumes
- Verbesserung der sozialen Infrastruktur und Bildung
- Aktive Mitgestaltung der Bewohner bei der Entwicklung

Für die Neugestaltung des Erscheinungsbildes des Hallschlags – seiner Straßen, Wege und Plätze und der vielen Grünflächen – war das Ziel, die Freiräume klar zu definieren. Es wurde ein Konzept zur mittelfristigen Entwicklung der Freiräume des Hallschlags erarbeitet. Ziele dabei waren, einen anpassungsfähigen, in Abschnitten realisierbaren Rahmenplan als Leitlinie zu haben, eine breite Öffentlichkeit zu beteiligen und konkrete Baumaßnahmen, die mit Mitteln der Sozialen Stadt während der Projektlaufzeit umgesetzt werden sollen, zu benennen und tatsächlich zu realisieren.

Der neu gestaltete Nastplatz im Stuttgarter Hallschlag

Kinder aus dem Hallschlag im Planungsworkshop

ZIELE, ABLAUF UND WIRKUNG DER BÜRGERBETEILIGUNG

Im März 2009 beauftragten die Stadt und die SWSG drei Landschaftsplanungsbüros mit der Erstellung eines Freiraumkonzepts. Im Oktober 2009 stellten die Planungsbüros ihre Entwürfe im Stadtteil vor. Die Bewohner wählten den Entwurf von lohrberg stadtlandschaftsarchitektur und R+T Verkehrsplanung zur Weiterbearbeitung aus. Danach folgten mehrere Monate intensiver Bürgerbeteiligung: Kinder als Stadtteildetektive, ein Jugendhearing, mit Besuchern der AWO-Begegnungsstätten wurde das Thema Barrierefreiheit bearbeitet, Belange der Gewerbetreibenden wurden erarbeitet.

Bei einem Planungsworkshop im Juni 2010 trugen alle beteiligten Gruppen ihre Ergebnisse zusammen und tauschten diese mit Architekten, Planern und weiteren interessierten Bewohnern aus. Auf dieser Grundlage wurde der Rahmenplan erarbeitet. Ende 2010 wurden die Prioritäten für Maßnahmen zur Umsetzung des Rahmenplans vergeben, alle Bevölkungsgruppen haben sich eingebracht und finden sich jetzt bei der Umsetzung der Maßnahmen wieder.

»Früh übt sich – das gilt auch für die Bürgerbeteiligung. Vor fünf Jahren haben Kinder als Stadtteildetektive ihre Spielflächen und Wege im Hallschlag untersucht und ihre Wünsche präsentiert. Zug um Zug wurden die Spielplätze erneuert: Die Kinder immer mit dabei, ob Planungswerkstatt oder Mitmach-Baustelle. Ihre Projekte im Freiraumkonzept sind nun umgesetzt. Bürgerbeteiligung – ein Kinderspiel, das sie nicht vergessen werden!«

Oberbürgermeister Fritz Kuhn

BEGRÜNDUNG DER JURY

Der integrierte Erneuerungsansatz in dem Gebiet Hallschlag wird gewürdigt, bei dem Stadtentwicklungsplanung, Sozialpolitik, Energiekonzept und Wohnungspolitik in einer partizipativen Prozessgestaltung verknüpft wurden. Mit der Stadterneuerung wurde in den letzten acht Jahren erfolgreich das Ziel verfolgt, einen sozial polarisierten Stadtteil zu stabilisieren und teilweise eine neue soziale Mischung zu implementieren.

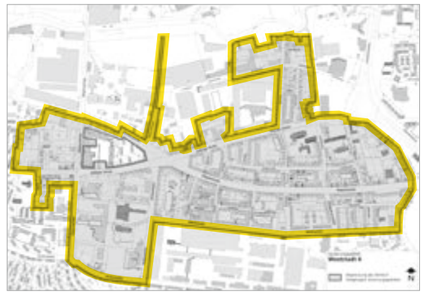
Dafür wurden die Wohnungsbestände aus den 1930er-Jahren umfassend saniert, Teilbereiche wurden neu geordnet und mit Wohngebäuden bebaut, die Lücken im Wohnungsangebot geschlossen haben. Außerdem wurde die soziale Infrastruktur modernisiert und das Bildungsangebot aufgewertet und erweitert. Das stadtbildprägende Römerkastell wurde saniert und der Travertinpark sowie Bürgergärten neu gestaltet.

Für den Hallschlag gab es von Anfang an eine umfassende Partizipationsstrategie mit Projektsteuerungsgruppe, Stadtteilmanagement vor Ort, Verfügungsfonds, regelmäßig tagendem Bürgergremium und Arbeitsgruppen. Ziele waren die Aktivierung der Bewohnerschaft, der Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen, die Integration von Bürgerinitiativen und die direkte Ansprache von sozial benachteiligten Gruppen, z. B. durch Mitmach-Aktionen, Feste und Kursangebote. Durch dieses Vorgehen wurden Konflikte im Vorfeld gelöst und die Identifikation mit den Sanierungsmaßnahmen gestärkt. Es entstand eine offene Diskussionskultur mit bedürfnisgerechten Ergebnissen. 2015 läuft die Maßnahme aus. Die Verstetigung soll über weitere Treffen des Bürgergremiums, die Arbeitsgruppen, die Stadtteilorientierung der Stadtverwaltung und den Verfügungsfonds sichergestellt werden.

KATEGORIE GROSSSTÄDTE

Stadt Ulm

Sanierungsgebiet Weststadt



DATEN & FAKTEN

Stadt: Ulm
Regierungsbezirk: Tübingen
Einwohner: rund 120.600
Sanierungsgebiet: Weststadt
Förderprogramm: Soziale Stadt
Förderzeitraum: 2001 – 2010
Fördermittel: 14,27 Mio. Euro

ZIELE DES SANIERUNGSVERFAHRENS

Die Weststadt soll als innenstadtnahes Wohnquartier erhalten und nachhaltig gesichert werden:

- Entwicklung einer Stadtteilmitte mit einem breit gefächerten Spektrum an Nutzungen als Ort der Kommunikation und Identifikation
- Schaffung ausreichender Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche
- Ausweisung gefahrloser und direkter Fuß- und Radwegeverbindungen zu den Zielen sowohl innerhalb als auch außerhalb des Gebietes
- Aufwertung des Wohnumfeldes sowie der öffentlichen Platz- und Straßenräume
- Verbesserung der Verkehrssituation
- Stabilisierung und Verbesserung der wohnortnahen Versorgung mit Handel und Dienstleistungsbetrieben

Lösungsansätze

- Instandsetzung und Modernisierung von Gebäuden und Aufwertung der zugehörigen Grundstücksflächen
- Neugestaltung und neue Ausstattung der vorhandenen Spielplätze, Neubau eines Spielplatzes und Einrichtung einer Jugendecke
- Neuanlage von Fuß- und Radwegen, konfliktfreie Organisation und Führung vorhandener Fuß- und Radwege
- Einrichtung von verkehrsberuhigten Bereichen sowie Herstellung privater Stellplätze
- Neugestaltung und Ausstattung / Durchgrünung der Platz- und Straßenräume
- Flächenentsiegelung und Begrünung
- Verlagerung störender Betriebe

Das Hörzgelände nach der Sanierung

Der Frauenworkshop war einer von mehreren Workshops.

ZIELE, ABLAUF UND WIRKUNG DER BÜRGERBETEILIGUNG

Ein eigens eingerichtetes Quartiersmanagement machte es sich zur Aufgabe, aktivierende Maßnahmen einzuleiten, Bedarfe im Stadtteil zu ermitteln und sich um die Entwicklung von Maßnahmen zu kümmern. Begonnen wurde in der Weststadt im Jahr 2000 mit Stadtteilspaziergängen, zu denen die Bewohner zusammen mit Fachleuten eingeladen waren. Daran schlossen sich Fachgespräche zu verschiedenen Themen wie z. B.Stadtplanung und Wohnumfeld, Soziales, Arbeit, Kultur und Sport in der Weststadt an. Planungswerkstätten zur Straßen-, Spielplatz- und Schulhofgestaltung wurden durchgeführt. Mit einer aktivierenden Befragung von Bewohnern und einer Schülerkonferenz erreichte man eine weitere Sensibilisierung für das Thema Sanierung und Wohnumfeld.

Über drei Jahre hinweg setzten sich Bewohner in einer Geschichtswerkstatt mit der Geschichte des relativ jungen und im Umbruch befindlichen Stadtteils auseinander und dokumentierten diese in einem Buch. Die breite Palette der Beteiligungsformen zeigt, welche Chancen den Bürgerinnen und Bürgern der Weststadt geboten wurden, sich aktiv in den Erneuerungsprozess einzubringen. Diese wurden und werden engagiert genutzt.

»Aus dem Aschenputtel wurde eine attraktive Dame.«
Baubürgermeister
Alexander Wetzig

»In der gefundenen Normalität liegt der Erfolg.«
Sozialbürgermeisterin
Sabine Mayer-Dölle

BEGRÜNDUNG DER JURY

Die Stadt Ulm wird für ihre umfassende und ambitioniert verfolgte Partizipationsstrategie in der Sozialen Stadt Weststadt ausgezeichnet. Die Beteiligung der Bürger erfolgte in drei Stufen: Information, Mitwirkung, Kooperation. Neben den klassischen Beteiligungsformaten verfolgte das Quartiersmanagement auch Aktivierungsstrategien. Es wurden Stadtteilspaziergänge angeboten, eine Geschichtswerkstatt, Workshops für Frauen, ein Stadtteilforum, eine Schülerkonferenz, Bürgerfeste und eine Informationszeitung ins Leben gerufen sowie Befragungen zur Wohnsituation durchgeführt. Besondere Zielgruppen wie Kinder, Jugendliche und Migranten wurden gezielt vom Quartiersmanagement angesprochen.

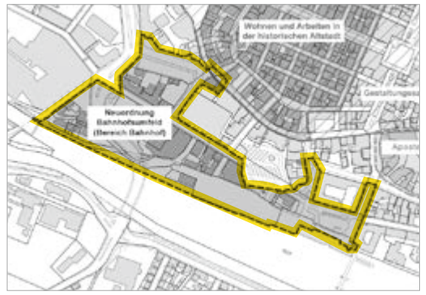
Ziele der Stadterneuerung waren, das innenstadtnahe, benachteiligte Wohnquartier aufzuwerten, störende Betriebe zu beseitigen und verbesserte Aufenthaltsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu schaffen. Dafür wurden der Wohnungsbestand modernisiert und Mehrgenerationenhäuser sowie familien- und altersgerechte Wohnungen neu gebaut. Der öffentliche Raum wurde durch die Umgestaltung von Spielplätzen, Straßenbegrünung, Stadtteilplätzen und Jugendtreffs aufgewertet. Die soziale Infrastruktur wie Mehrzweckhalle, Kindertagesstätte, Schulhöfe und Seniorenzentrum wurde modernisiert.

Die Tragweite und Handlungsspielräume der Partizipation wurden klar definiert. Der Gemeinderat hat 2013 Leitlinien für die Bürgerbeteiligung formuliert, die nicht nur im Rahmen der Stadterneuerung, sondern bei allen Planungsverfahren angewendet werden. Für die Verstetigung der Bürgerbeteiligung wird im Haushalt eine Personalstelle finanziert. Außerdem wird die Stadtteilarbeit vor Ort durch Folgeprogramme und durch ein Vereins-Forum gewährleistet. Insgesamt führte dies zu einer stärkeren Identifikation mit dem Stadtteil und einer Förderung des Zusammenlebens aller Bevölkerungsgruppen.

KATEGORIE MITTELSTÄDTE

Stadt Göppingen

Sanierungsgebiet Neuordnung Bahnhofsumfeld



DATEN & FAKTEN

Stadt: Göppingen
Regierungsbezirk: Stuttgart
Einwohner: rund 56. 200
Sanierungsgebiet: Neuordnung Bahnhofsumfeld
Förderprogramm: Stadtumbau West
Förderzeitraum: 2009 – 2018
Fördermittel: 3,92 Mio. Euro

ZIELE DES SANIERUNGSVERFAHRENS

Das Stadterneuerungsgebiet „Neuordnung Bahnhofsumfeld“ wird in Göppingen nicht isoliert betrachtet. Durch die Lage südlich des Innenstadtkerns trägt es wesentlich zur Belebung und Aufwertung der Göppinger Innenstadt bei. Zudem ist der im Oktober 2014 fertiggestellte zentral gelegene Schlossplatz, der formal auch zum Sanierungsgebiet zählt, zum attraktivsten verkehrsfreien Platz der Innenstadt avanciert. Aus dem Parkplatz wurde ein öffentlicher Raum mit hoher Aufenthaltsqualität, der das Wegenetz der Innenstadt ergänzt. Die Entwürfe zur Neuordnung des Bahnhofsumfeldes und die Neugestaltung des Bahnhofplatzes sind die nächsten Meilensteine des Sanierungsverfahrens. Sie werden aus einem offenen zweiphasigen städtebaulichen Ideen- und Realisierungswettbewerb hervorgehen.

Durch die geplante Etablierung einer Mobilitätszentrale entsteht am Bahnhof ein zentraler Ankunfts- und Treffpunkt mit Aufenthaltsqualität. Das geplante städtische Verwaltungszentrum auf dem Areal der ehemaligen Güterstückhalle aktiviert die letzte große brachliegende innerstädtische Fläche Göppingens.

ZIELE, ABLAUF UND WIRKUNG DER BÜRGERBETEILIGUNG

2009 hat der Bürgerbeteiligungsprozess des Innenstadtforums einen Dialogprozess in Göppingen angestoßen, um das baukulturelle Bewusstsein für die Potenziale der Innenstadt zu schaffen. Die Beteiligung ist vielfältig sowohl in den Themen als auch in den Formen. Neben Stadtspaziergängen und Runden Tischen wird zu den Innenstadtforen eingeladen. Die Veranstaltungen bieten eine Plattform, um in flexibler Weise die Bürgerschaft in den Planungsprozess einzubinden sowie die nötige Wirksamkeit in der Öffentlichkeit zu erreichen.

Der Schloßplatz nach der Sanierung

Beim Stadtspaziergang auf dem Bahnhofsvorplatz

Die Veranstaltungen werden von der Verwaltung und von externen Fachleuten begleitet und informieren die Bürgerinnen und Bürger aus erster Hand über die Maßnahmen der Stadtentwicklung. In Diskussionsrunden werden die Anregungen der Bürgerschaft aufgenommen und fließen nach Abwägung in den weiteren Planungsprozess ein.

In themenbezogenen Workshops und Runden Tischen werden mit relevanten Akteuren neue Ideen entwickelt. Die Beteiligungsprozesse fördern nicht nur das fachgebietsübergreifende Agieren innerhalb der Verwaltung, sondern auch den gegenseitigen Informationsaustausch mit interessierten Bürgern.

»Bürgerbeteiligung ist in Göppingen schon eine Selbstverständlichkeit. Durch vielfältige Veranstaltungen unter anderem im Rahmen des Innenstadtforums und durch Stadtspaziergänge wird die Bürgerschaft auf direktem Wege in die städtischen Planungen eingebunden. Dies schafft Vertrauen und Akzeptanz.«

Oberbürgermeister Guido Till

BEGRÜNDUNG DER JURY

Gewürdigt wird der Stadtumbau-Ansatz zur umfassenden Neugestaltung der Innenstadt, basierend auf einem sehr gut ausgearbeiteten integrierten Stadtteilentwicklungskonzept und einer mehrstufigen Partizipationsstrategie. Durch die Bürgerbeteiligung wurden Maßnahmen und Projektbeschlüsse besser bekannt und breit diskutiert. Neue Akteure, die bisher nicht in den Stadtentwicklungsprozess eingebunden waren, engagieren sich. Gewürdigt wird ein kontinuierliches Engagement der Stadt für Beteiligungs- und Baukultur, das auch innovativen Formaten Raum gibt. Zur Gewährleistung des bau- und planungskulturellen Anspruchs der Stadt Göppingen werden zur Qualitätssicherung für wichtige Planungs- und Bauprojekte Wettbewerbe ausgeschrieben und wurde bereits im Jahr 2014 ein externer, interdisziplinär besetzter Gestaltungsbeirat gegründet.

Anlass für die Stadterneuerung waren städtebauliche und funktionale Defizite im Bereich der Innenstadt und des Bahnhofsvorplatzes. Der öffentliche Raum soll aufgewertet, der ÖPNV gestärkt, eine Mobilitätszentrale geschaffen sowie durch bauliche Verdichtung neue Infrastruktureinrichtungen angeboten werden. Zur Neugestaltung des bisher als Parkplatz genutzten Schlossplatzes sowie zur Neuordnung des Bahnhofsumfeldes werden jeweils Wettbewerbe durchgeführt.

Die Beteiligungsstrategie basiert seit 2010 auf dem „Innenstadtforum 2030“. Auf dieser Beteiligungsplattform wurden bislang 17 Veranstaltungen durchgeführt. Außerdem gibt es eine fachübergreifende Lenkungsgruppe, Runde Tische als themenbezogene Arbeitsgespräche im kleineren Kreis und Gespräche mit dem Jugendgemeinderat. Eine wichtige Rolle im Beteiligungsprozess übernehmen Stadtspaziergänge, bei denen Planungen und Instrumente vor Ort veranschaulicht und diskutiert werden. Flankiert wird der Beteiligungsprozess durch Kunstprojekte im öffentlichen Raum, das „Göppinger Serviettenkino“ und Stadtspaziergänge mit Kindern und Jugendlichen. Das „Forum Innenstadt“ soll verstetigt werden, ein Quartiersmanagement ist geplant.

KATEGORIE MITTELSTÄDTE

Stadt Ludwigsburg

Sanierungsgebiet Grünbühl-Sonnenberg/Karlshöhe

DATEN & FAKTEN

Stadt: Ludwigsburg
Regierungsbezirk: Stuttgart
Einwohner: rund 91.060
Sanierungsgebiet:
Grünbühl-Sonnenberg / Karlshöhe
Förderprogramm: Soziale Stadt
Förderzeitraum: 2006 – 2017
Fördermittel: 4,7 Mio. Euro

ZIELE DES SANIERUNGSVERFAHRENS

Aus den vorbereitenden Untersuchungen, den zahlreichen Beteiligungsveranstaltungen und dem Stadtentwicklungskonzept ließen sich mehrere übergeordnete Ziele ableiten: Der Schwerpunkt lag auf dem Themenfeld „Wohnen“, zum Beispiel Verbesserung der Wohnqualität, Differenzierung des Wohnungsangebotes und Attraktivitätssteigerung des Wohnumfelds. Im Sinne einer integrierten Herangehensweise hingen diese Maßnahmen eng mit einer Aufwertung des öffentlichen Raumes und mit einer nachhaltigen Energieversorgung zusammen. Eine soziale Stabilisierung sollte jedoch nicht nur durch bauliche oder wohnungspolitische Maßnahmen erfolgen. Vielmehr war es auch Ziel, Integration und Zusammenleben zu fördern, Bürgerverantwortung und Bürgerengagement zu stärken, Kindern und Jugendlichen möglichst gute Zukunftschancen zu eröffnen und sozial benachteiligten Menschen Möglichkeiten für Arbeit und Beschäftigung aufzuzeigen. Zudem sollten die Stadtbereiche Sonnenberg, Grünbühl und Karlshöhe besser vernetzt, deren Stärken besser zur Geltung gebracht und damit letztlich die Attraktivität des Gesamtgebietes verbessert werden.

Der ehemalige Kasernenstandort Sonnenberg heute

Engagierte Bürger beim Stadtteilspaziergang

ZIELE, ABLAUF UND WIRKUNG DER BÜRGERBETEILIGUNG

Die Bürgerbeteiligung im Soziale-Stadt-Gebiet Grünbühl-Sonnenberg/Karlshöhe blieb nicht nur auf die vorbereitenden Untersuchungen beschränkt. Im Gegenteil: Während der gesamten Laufzeit waren und sind Information und Dialog ein wichtiger Bestandteil. Sie hatten das Ziel, Transparenz über die Inhalte und Maßnahmen herzustellen, für die teils komplexen Stadtentwicklungsprozesse zu sensibilisieren, aber auch die Identifikation mit dem Stadtteil zu stärken. Letzteres ist wiederum eng verknüpft mit bürgerschaftlichem Engagement. Durch das MehrGenerationenHaus wurde deshalb an zentraler Stelle eine niederschwellige Anlaufmöglichkeit für Beratung, Information, Ehrenamt und Teilhabe geschaffen.

Die Beteiligung im Programmgebiet – wie auch in der Gesamtstadt – ist durch einen breiten Methodenmix gekennzeichnet und reicht von der Bürgerversammlung über Workshops bis zum Stadtteilspaziergang. Mal ist das Verfahren anlassfrei, mal projektbezogen, Vertreter der Verwaltungsspitze sind häufig dabei – all dies wird von den Bürgerinnen und Bürgern positiv wahrgenommen.

»Angesichts der zahlreichen Herausforderungen für Städte ist es heute mehr denn je wichtig, Antworten auf die entscheidenden Fragen der Zukunft zu finden. Dies kann nur gemeinsam gelingen – auch in Grünbühl-Sonnenberg/Karlshöhe. Doch es geht nicht nur um niederschwellige Ansprache oder vielseitige Methoden. Ansprechpartner vor Ort, Vernetzung der Themen und eine konsequente Einbettung in die Ziele des Stadtentwicklungskonzeptes sind ebenso unabdingbar.«

Oberbürgermeister Werner Spec

BEGRÜNDUNG DER JURY

Die Stadt Ludwigsburg verfolgte in den letzten acht Jahren für die Stadtteile Grünbühl und Sonnenberg einen integrierten und partizipativen Ansatz der Sozialen Stadt. Für den ehemaligen Kasernenstandort wurde eine Doppelstrategie von Aufwertung und Stabilisierung sowie von Erhalt und Abriss gewählt, um den Stadtteil sozial zu mischen und sein Image zu verbessern. Die soziale Infrastruktur wurde deutlich verbessert, außerdem wurde ein Nachbarschaftszentrum gebaut. Durch ein Geothermiekraftwerk wurde eine regenerative Nahwärmeversorgung aufgebaut.

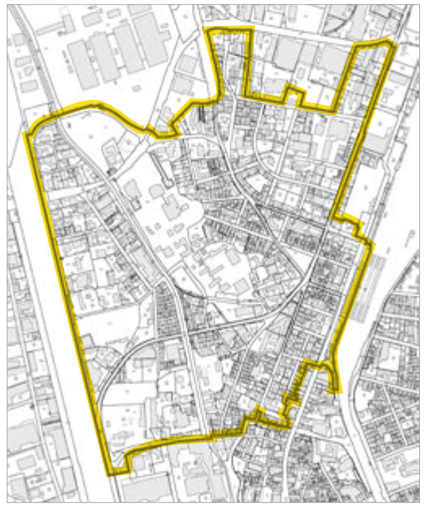
Die Stadt Ludwigsburg schreibt seit zehn Jahren ein nachhaltiges Stadtentwicklungskonzept fort, aus dem auch das Stadtteilentwicklungskonzept für das Sanierungsgebiet abgeleitet wurde. Die umfangreiche Beteiligung durch das Quartiersmanagement bestand aus verschiedenen Methoden, z. B. Stadtteilspaziergänge, Umfragen, Werkstätten mit der Planning-for-Real-Methode, Bürgerversammlungen und Arbeitsgruppen. Außerdem wurde für das Neubaugebiet eine städtebauliche Konzeption über ein Gutachterverfahren erarbeitet. Hier hat die Bürgerbeteiligung dazu geführt, dass mehr Siedlungsbestände erhalten statt abgerissen werden.

Die Koordination erfolgte durch eine interdisziplinäre Projektgruppe, verantwortlich ist das Referat für nachhaltige Stadtentwicklung, in dem Aufgaben der Sanierung, der Stadtentwicklung und der Energiepolitik gebündelt sind. Darüber soll auch eine Verstetigung des Erneuerungsprozesses erreicht werden. Die Partizipationsstrategie förderte insgesamt das gegenseitige Vertrauen von Politik, Bürgerschaft und Verwaltung sowie das Verständnis für die Komplexität von Kommunalpolitik.

KATEGORIE MITTELSTÄDTE

Stadt Offenburg

Sanierungsgebiet Nordweststadt



DATEN & FAKTEN

Stadt: Offenburg
Regierungsbezirk: Freiburg
Einwohner: rund 58.600
Sanierungsgebiet: Nordweststadt
Förderprogramm: Soziale Stadt
Förderzeitraum: 2004 – 2017
Fördermittel: 6,5 Mio. Euro

ZIELE DES SANIERUNGSVERFAHRENS

„MehrLiN“ – mehr Lebensqualität in Nordwest – ist das erklärte Ziel aller Akteure in diesem Offenburger Stadtteil mit zwischenzeitlich wieder über 4.900 Einwohnern. Wesentlicher Faktor des Erfolgs ist das gemeinsame Bemühen von Politik, Verwaltung und Bevölkerung für eine umfassende, positive und nachhaltige Entwicklung. Fragen der Infrastruktur, des Verkehrs und der Spiel-, Frei- und Grünflächen stehen ebenso im Fokus, wie die Einbeziehung der sozialen Strukturen und die realistische Einschätzung des Machbaren.

Mehrere Themenkomplexe bilden die Basis des Handelns:

- Aufwertung des Schulzentrums mit vier Schulen aller Schularten zum Stadtteilpark
- Stärkung des Wohnens durch Förderung privater Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen
- Ergänzung des Wohnangebots und Verbesserung des Wohnumfelds
- Attraktivierung des Stadtteilkerns

Daneben werden auch die sozialen Verhältnisse der Menschen zueinander aufgegriffen, um Negativerscheinungen im Wohnumfeld zu begegnen. Hierzu ist ein ressortübergreifendes Handeln, das alle Akteure einbezieht, die angemessene Strategie. Dadurch werden Synergieeffekte freigesetzt und Engagement für die Bewältigung komplexer Problemlagen geweckt. Gleichzeitig werden verschiedene Bausteine – auch nichtinvestive – für ergänzende und flankierende Maßnahmen genutzt.

Der Neubau des Stadtteilzentrums

Planen des Stadtteils am Modell

ZIELE, ABLAUF UND WIRKUNG DER BÜRGERBETEILIGUNG

Die umfassende Bürgerbeteiligung hat als partizipativer Prozess wesentlich zum bisherigen Erfolg des Städtebauförderprogramms beigetragen. Sie ist elementarer Bestandteil des „Integrierten Entwicklungskonzepts Nordweststadt – MehrLiN“. Alle Umsetzungsschritte werden mit der breiten Öffentlichkeit kommuniziert. Insofern musste weder die Gesamtstrategie noch die Realisierung von Schlüsselprojekten geändert werden. Dies hat zu einer großen Identifikation der Bevölkerung mit dem Stadtteil und zur Akzeptanz der Umgestaltungs- und Änderungsmaßnahmen geführt.

Im Rahmen von „Planen am Modell“ bauten viele Interessierte ein über 20 Quadratmeter großes Modell des Stadtteils. Dieses wurde an verschiedenen Orten und Terminen präsentiert und bot eine konkrete Grundlage für einen diskursiven Meinungsbildungsprozess. Anregungen, Wünsche und Ideen wurden darin verortet.

Beispielhaft arbeiten die Institutionen mit der Stadt zusammen. Ein optimaler Arbeitsablauf und das integrative Zusammenwirken aller Akteure werden durch die Projektorganisation ermöglicht. Lenkungsgruppe, Koordinierungsgruppe, drei themenbezogene Arbeitsgruppen, Stadtteilkonferenzen und bürgeroffene Infoabende zeugen von den Aktivitäten. Anlassbezogen werden die Methoden ausgesucht, um eine möglichst breite Beteiligung zu gewährleisten. Somit war MehrLiN von Anfang an ein Mitmach-Prozess. Das Projekt hat sich quasi von selbst, aus der Mitte der Bürgerschaft heraus, aufgestellt.

»Die Vielfalt der Beteiligungen, die Qualität der Kommunikationskultur und die Tatsache, dass Bürgerinnen und Bürger, Stadtverwaltung und Gemeinderat an einem Strang ziehen, machen für mich das Erfolgsmodell für diesen sozialen Wandel aus. Die Umgestaltungs- und Veränderungsmaßnahmen sind auf breite Akzeptanz gestoßen, weil die Bewohner selbst diese Veränderungen initiiert haben. In diesem Stadtteil sind Menschen aus über 80 Nationen gut integriert. Auch dies ist Resultat eines solidarischen bürgerschaftlichen Prozesses.«

Oberbürgermeisterin
Edith Schreiner

BEGRÜNDUNG DER JURY

Für die Gestaltung des sozialen Wandels in der Nordweststadt wurden mit den Bürgern ein eigenes Motto entwickelt: „MehrLiN – Mehr Leben in Nordwest“. Schwerpunkt der baulichen Umsetzung war der Neubau eines Familienzentrums, ein bewährtes und viel zitiertes Instrument einer sozial orientierten Stadtentwicklung und Stadterneuerung in Offenburg.

Im Rahmen der Sozialen Stadt wurden eine interdisziplinäre Koordinierungsgruppe eingerichtet und Bürgerversammlungen durchgeführt. Durch die verschiedenen Prozessstadien (Bauen des Modells, Präsentation, Planungswerkstätten) konnten konkrete Anregungen und Wünsche verortet und umgesetzt werden. Über Arbeitsgruppen und Stadtteilkonferenzen wurden alle Bürger eingebunden, insbesondere auch Schüler, Lehrer und Eltern.

Durch die Beteiligungsangebote stieg die Identifikation mit dem Stadtteil, außerdem wurde die Akzeptanz der Umgestaltungs- und Veränderungsmaßnahmen erhöht. Offenburg ist ein gutes Beispiel für ein optimales Zusammenspiel von Verwaltung, Politik und Bewohnern. MehrLiN ist ein Mitmach-Prozess, bei dem bis heute anlassbezogen Methoden gesucht werden, die eine sukzessive Umsetzung der einzelnen Maßnahmen mit möglichst breiter Beteiligung gewährleisten.

KATEGORIE KLEINSTÄDTE

Gemeinde Grenzach-Wyhlen

Sanierungsgebiet Ortsmitte Grenzach

DATEN & FAKTEN

Gemeinde: Grenzach-Wyhlen
Regierungsbezirk: Freiburg
Einwohner: rund 14.340
Sanierungsgebiet: Ortskern Grenzach
Förderprogramm:
Landessanierungsprogramm
Förderzeitraum: 2003 – 2013
Fördermittel: 1,2 Mio. Euro

ZIELE DES SANIERUNGSVERFAHRENS

Vor Start des Stadterneuerungsprojektes im Ortskern Grenzach wurden im Agendaprozess in Form von Planungswerkstätten mit der Bevölkerung städtebauliche Ziele für das Sanierungsgebiet erarbeitet und beschlossen. Dazu gehörten:

- Revitalisierung von Brachflächen
- Einsparung von Bauflächenausweisung
- Baulückenschließung
- Nutzungsintensivierung
- Ordnung des ruhenden Verkehrs
- Wiederherstellung von Aufenthaltsqualität und die Schaffung eines zentralen Marktplatzes

Vor allem Maßnahmen an Privatobjekten und dem flankierenden öffentlichen Raum konnten im Förderzeitraum umgesetzt werden. Durch eine Bebauungsplanänderung konnten zur Schaffung von hochverdichtetem Wohnraum in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof neue Bauflächen realisiert werden. Auf Grund einer Grundstücksverkaufsblockade im Sanierungsgebiet konnten die zentralen Ziele, wie zum Beispiel das Anlegen eines Marktplatzes, nicht umgesetzt werden. Im Jahr 2012 konnte die Gemeinde das besagte Schlüsselgrundstück jedoch erwerben und startete im Frühjahr 2014 den aktualisierenden Beteiligungsprozess „Neue Mitte – mach mit!“. Die Umsetzung dieser Maßnahmen soll ab 2017 erfolgen.

Zirkus in der Neuen Mitte

Gemeinsame Diskussion bei der Planungswerkstatt

ZIELE, ABLAUF UND WIRKUNG DER BÜRGERBETEILIGUNG

15 Jahre Bürgerbeteiligung in Form von Planungswerkstätten zu wichtigen Stadtentwicklungsprojekten in Grenzach-Wyhlen haben eine sehr gute Partizipationsbasis geschaffen, aber auch gezeigt, dass nicht alle Gruppen der Bürgerschaft erreicht werden. Für das Stadtentwicklungsprojekt Neue Mitte Grenzach wurde daher eine für die Gemeinde neue Form der Bürgerbeteiligung via Internet, flankiert durch eine Postkartenaktion, erprobt: Das eigenentwickelte Drei-Phasen-Konzept: „fragen – informieren und aktivieren – gemeinsam planen“ hatte zum Ziel, viele Bürgerinnen und Bürger sowie sämtliche Altersgruppen Grenzach-Wyhlens nach ihren Vorstellungen, Ideen und Wünschen für die Neue Mitte Grenzach zu befragen, für das Thema zu sensibilisieren und gemeinsam zu planen. 1.500 Rückmeldungen binnen eines Monats von gut zehn Prozent der Bevölkerung übertrafen die Erwartungen der Verwaltung und des Gemeinderates. Besonders erfreut hat die Teilnahme der unter 17-Jährigen in Höhe von 29 Prozent.

Im Beteiligungskonzept waren Aktionstage in der Neuen Mitte Grenzach fest verankert, die durch die gewählten Mottos unterschiedliche Bevölkerungsgruppen von Jung bis Alt ansprachen. Der Planungsbereich konnte so aktiv durch die Bevölkerung genutzt und kennengelernt werden. Die von der Bürgerschaft eingebrachten Themen bildeten die Grundlage für die Planungswerkstatt. Hier wurden mit der Bevölkerung die grundlegenden Planungs- und Gestaltungsvorstellungen zur Neuen Mitte Grenzach herausgearbeitet, welche wiederum als Basis für den neuen städtebaulichen Entwurf in diesem Gebiet dienen sollen. Auch die letzte Phase wird wieder partizipativ in Form eines kooperativen Verfahrens erfolgen: Die Bürgerschaft wird in der Jury des Verfahrens vertreten sein.

»Neue Mitte – mach mit: Ein Motto, das direkt zum Mitmachen motiviert, das begeistert. Und die Bürgerinnen und Bürger Grenzach-Wyhlens haben mitgemacht. Sie haben ihre Ideen und Anregungen aber auch Bedenken eingebracht. Diese dienen nun als Grundlage der städtebaulichen Planung sowie der Beratungen in den politischen Gremien. So muss Bürgerbeteiligung sein: frühzeitig, motivierend, begeisternd, attraktiv, verlässlich und gewinnbringend. Für alle!«

Bürgermeister Dr. Tobias Benz

BEGRÜNDUNG DER JURY

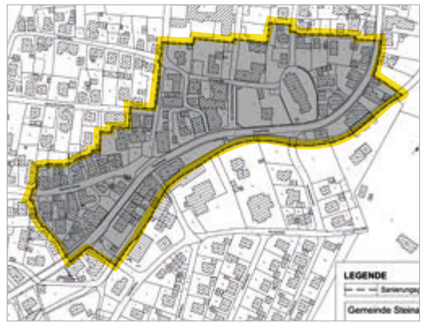
Grenzach-Wyhlen wird für eine gut konsolidierte, klassische Partizipationspraxis ausgezeichnet. Bereits seit 15 Jahren werden in Grenzach-Wyhlen Planungswerkstätten durchgeführt. Der Partizipation für die Neue Mitte Grenzach wurde ein Drei-Phasen-Konzept zugrunde gelegt: fragen – informieren – gemeinsam Planen. Durch das Internet konnten unterschiedliche Bevölkerungsgruppen sehr gut erreicht werden, es fand eine Postkartenaktion statt und es wurden Aktionstage durchgeführt. Schwerpunkte der Sanierungsmaßnahme sind die Revitalisierung von Brachflächen, Baulückenschließungen, die Intensivierung von Nutzungen sowie die Erhöhung der Gestalt- und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum.

Die Wünsche und Vorschläge der Bevölkerung gehen in die Aufstellung eines neuen Bebauungsplans im Sanierungsgebiet ein. Ein städtebaulicher Wettbewerb wurde als kooperatives Verfahren durchgeführt. Die Planungen für das Stadtteilzentrum erfreuen sich einer hohen Akzeptanz in allen Bevölkerungsgruppen, insbesondere auch in der Gruppe der Kinder und Jugendlichen. Das Logo „Neue Mitte Grenzach – mach mit!“ fördert die Identitätsbildung und Bereitschaft zum Mitmachen der Bürger. Grenzach-Wyhlen geht neue Wege mit Verfahren via Internet, Postkartenaktionen und Aktionstagen. Damit werden vor allem auch die jungen Mitbürger erreicht. Es ist zwar noch keine bauliche Umsetzung vorhanden, aber die verschiedenen Aktionen sind gute Beispiele für die engagierte Partizipationsstrategie einer Gemeinde in der Stadterneuerung.

KATEGORIE KLEINSTÄDTE

Gemeinde Steinach im Kinzigtal

Sanierungsgebiet Ortsmitte



DATEN & FAKTEN

Gemeinde: Steinach im Kinzigtal
Regierungsbezirk: Freiburg
Einwohner: rund 4.050
Sanierungsgebiet: Ortsmitte
Förderprogramm:
Landessanierungsprogramm
Förderzeitraum: 2014 – 2022
Fördermittel: 900.000 Euro

ZIELE DES SANIERUNGSVERFAHRENS

Auf der Grundlage der vorbereitenden Untersuchungen werden folgende Sanierungsziele definiert und beschlossen, die der Verbesserung von Funktion und Substanz innerhalb des Gebiets dienen sollen:

Eine neue Ortsmitte soll durch die Verbindung von zwei städtebaulichen Punkten (Adlerplatz bis Pfarrgarten bzw. Rathaus), Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung entlang der Hauptstraße sowie die Aufwertung des öffentlichen Raums geschaffen werden. Der Altbestand soll ökologisch erneuert und der Wohnungsbestand in der Ortsmitte verbessert werden. Zudem sollen generationsübergreifende Konzepte zur Stärkung der Ortsmitte verwirklicht werden. Ebenso soll das zentrale Rathaus umfassend modernisiert und den heutigen Ansprüchen entsprechend ausgebaut werden.

Durch Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung entlang der Hauptstraße soll die neue Ortsmitte aufgewertet werden.

Sitzung des BürgerInnenrates im Juli 2013 mit Bürgermeister Edelmann

ZIELE, ABLAUF UND WIRKUNG DER BÜRGERBETEILIGUNG

Die Verwaltung und der Gemeinderat der Gemeinde Steinach haben im Zeitraum Mai bis November 2013 einen umfassenden Beteiligungsprozess durchgeführt. Dieser umfasste, neben einer Bürgerversammlung als Auftaktveranstaltung, vier thematisch gegliederte Workshops, die einer breiten Öffentlichkeit offenstanden. In den Workshops wurden nach einer Analysephase als Arbeitsergebnis Entwicklungsleitsätze für die verschiedenen Bereiche formuliert.

Zusätzlich wurde im Anschluss ein BürgerInnenrat durchgeführt, eine spezielle Form der Beteiligung, bei welcher zufällig ausgewählte Einwohner sich mit dem Ziel trafen, zu einer speziellen Fragestellung der Gemeinde einen Lösungsvorschlag zu liefern. Abschließend wurden die Ergebnisse des gesamten Beteiligungsprozesses der Öffentlichkeit in einer weiteren Bürgerversammlung vorgestellt. Sowohl die Einzelergebnisse als auch die Entwicklungsleitsätze der Workshops und des BürgerInnenrates wurden bei der Erstellung des Gemeindeentwicklungskonzeptes berücksichtigt, beziehungsweise fanden darin Eingang. Das Gemeindeentwicklungskonzept wurde dem Gemeinderat in öffentlicher Sitzung im November 2013 vorgestellt und in der Dezembersitzung zum Beschluss vorgelegt.

»Wo ist die Steinacher Ortsmitte? Adlerplatz oder Rathausplatz? Die spannende Frage, die in Steinach seit Jahren diskutiert wird. Der BürgerInnenrat brachte eine Lösung, die niemand vermutet hätte: Wir entwickeln beide Plätze und stellen eine fußgängerfreundliche und barrierefreie Verbindung her. Da der Vorschlag aus der Bürgerschaft kam, genießt diese Lösung sehr hohe Akzeptanz in der ganzen Gemeinde.«

Bürgermeister Frank Edelmann

BEGRÜNDUNG DER JURY

Steinach wird für eine ambitionierte Partizipationsstrategie gewürdigt. Dabei ist insbesondere die Einberufung eines BürgerInnenrates hervorzuheben, wozu jede 20. Person aus dem Einwohnermelderegister angeschrieben wurde. Der BürgerInnenrat setzt sich somit aus einer zufälligen Auswahl von Bürgern ab 16 Jahren zusammen und entwickelt Ideen und Vorschläge für anstehende Planungsaufgaben. Er kann jährlich zu wechselnden Themen einberufen werden.

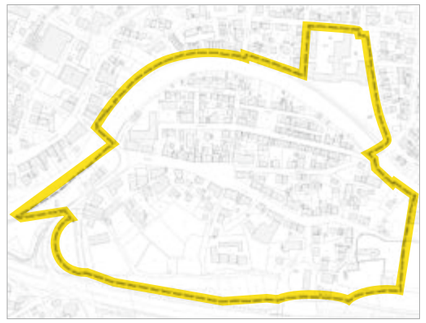
In einem zweistufigen Verfahren werden die Bürger beteiligt: Als Auftaktveranstaltung findet in der ersten Phase eine Bürgerversammlung statt. Es folgen vier Workshops mit Schwerpunktthemen, die die Bürger in der ersten Stufe festgelegt hatten. Es gibt öffentliche Gemeinderatssitzungen und eine abschließende Bürgerversammlung. Die Mitwirkungsbereitschaft ist hoch. Der BürgerInnenrat und die Workshops haben unterstützende und beratende Funktion für die Entscheidungsfindung des Gemeinderats.

Die Entwicklungsleitsätze für die Kommune wurden im Partizipationsprozess erarbeitet: Erhalt des dörflichen Charakters, Entwicklung zur familienfreundlichen Gemeinde, verkehrsberuhigter Innenstadtbereich unter Berücksichtigung der Geschäftsnutzung, Etablierung eines Wochenmarktes. Im Rahmen der Sanierung sollen die Potenziale genutzt werden, die sich aus der Umgehungsstraße (B33) für den Ort ergeben. Die Kommune will auch in Zukunft Stadtentwicklungsfragen vor Ort partizipativ bearbeiten.

KATEGORIE KLEINSTÄDTE

Stadt Uhingen

Sanierungsgebiet Oberdorf



DATEN & FAKTEN

Stadt: Uhingen
Regierungsbezirk: Stuttgart
Einwohner: rund 14.000
Sanierungsgebiet: Oberdorf
Förderprogramm: Soziale Stadt
Förderzeitraum: 2009 – 2017
Fördermittel: 2,05 Mio. Euro

ZIELE DES SANIERUNGSVERFAHRENS

Hauptaufgabe innerhalb des Sanierungsgebiets Oberdorf ist die Modernisierung und Instandsetzung von Gebäuden, die erhebliche Mängel aufweisen. Angestrebt werden Verbesserungen in der Bausubstanz sowie im Grundriss und in der Ausstattung. Besondere Bedeutung erlangt dabei die energetische Gebäudesanierung.

Weitere Schwerpunkte der Stadterneuerung betreffen die Entwicklung attraktiver und bezahlbarer Wohnungsstandorte in zentraler Lage (Moll-Areal), die Gewährleistung eines umfassenden Versorgungs- und Dienstleistungsangebotes sowie die Bereitstellung attraktiver Kinderbetreuungsplätze.

Das Zusammenleben der unterschiedlichen Kulturen und die nachbarschaftliche Netzwerke sollen gestärkt und Nutzungskonflikte gelöst werden. Das Kulturangebot soll erweitert werden. Einige Sanierungsziele wurden bereits realisiert, darunter der Neubau des Kindergartens Ottstraße, eine umfassende Straßenraumumgestaltung mit einem Mehrgenerationenplatz sowie die Umsetzung ökologischer Maßnahmen entlang der Fils. Von privater Seite wurden verschiedene Gebäude umfassend saniert.

Neuer Mehrgenerationenspielplatz Oberdorf

Die Oberdorfstraße nach der Umgestaltung

ZIELE, ABLAUF UND WIRKUNG DER BÜRGERBETEILIGUNG

Den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Uhingen wird die Möglichkeit geboten, sich kontinuierlich in den Sanierungsprozess miteinzubringen. Hierfür hat die Stadtverwaltung Ideenwerkstätten ins Leben gerufen, die zwischen Mai 2010 und April 2011 stattgefunden haben. Ziel dieser Werkstattgespräche war es, gemeinsam mit der Bürgerschaft des Oberdorfes innovative Ideen für die zukünftige Entwicklung ihres Stadtteils zu erarbeiten. Diese Ideen bilden die Grundlage für die nachhaltige Sicherung und Weiterentwicklung der Standortqualität des Stadtteils, für die Steigerung der Identität und des Engagements der Bürgerschaft sowie für die Verbesserung des Stadtteilimages und die Zukunftsfähigkeit des Stadtteils. Weitere Bestandteile des Beteiligungsprozesses sind unter anderem die Herausgabe einer Stadtteilzeitung (Der Oberdorfbote), das Stadtteilfest „Oberdorfhock“, das Oberdorfer Bouleturnier sowie maßnahmenbezogene Beteiligungsformate. Die Stadt stellt jährlich einen kommunal finanzierten Verfügungsfonds bereit, damit kleinere Projekte durch die Bürgerinnen und Bürger umgesetzt werden können.

»Das kreative und nachhaltige Gestalten eines urbanen Raumes kann nicht allein am Reißbrett erfolgen. Besonders wenn es sich um gewachsene soziale und städtebauliche Strukturen handelt. Zukunftsweisende Modernität, Integration und Lebensqualität kann sich nur im Dialog zu einem Ganzen entwickeln: einer liebenswerten und dynamischen Stadt. Das ist unser Uhingen, gestaltet mit den Bürgerinnen und Bürgern!«

Bürgermeister
Matthias Wittlinger

BEGRÜNDUNG DER JURY

Die Stadt Uhingen wird für ihr Partizipationskonzept in der Sozialen Stadt ausgezeichnet. Besonders hervorzuheben ist der Stadtteilfonds (Verfügungsfonds), der jährlich zur Verfügung gestellt wird. So können kleinere Projekte von den Bürgern selbstbestimmt realisiert werden.

Soziale und kulturelle Ziele der Stadterneuerung sind die Stärkung des Zusammenlebens der Kulturen und der nachbarschaftlichen Netzwerke sowie die Erweiterung der Kulturangebote; bauliche Ziele sind die Aufwertung des öffentlichen Raumes, Gebäudesanierungen, der Neubau eines Kindergartens und die Sanierung des Jugendhauses. Zum Auftakt und Abschluss der vorbereitenden Untersuchungen fanden Veranstaltungen statt, alle Beteiligten wurden freiwillig befragt, dabei lag die Mitwirkung bei knapp 90 Prozent. Es wurden Ideenwerkstätten zum Oberdorf veranstaltet, Stärken und Schwächen, Handlungsfelder und Maßnahmen erarbeitet.
In einer regelmäßig erscheinenden Stadtteilzeitung wird berichtet. Schüler entwickelten ein Gebietslogo. Es werden Stadtteilfeste und Bouleturniere auf dem Mehrgenerationenplatz veranstaltet.

Im Lauf des Partizipationsprozesses wurden die Planungen für einen Kinderspielplatz geändert: Aufgrund von Anregungen und Wünschen der Bürger entstand ein Mehrgenerationenplatz, der von älteren und jüngeren Menschen heute gleichermaßen gut genutzt wird und sich zu einem wichtigen Treffpunkt entwickelt hat. Der Beteiligungsprozess hat zu einer besseren Identifikation mit dem Gebiet Oberdorf und der Stadt Uhingen geführt. Die Beteiligung der Bürger entfaltete Strahlkraft auch auf andere Bereiche, zum Beispiel Bildung und Verkehr. Die Stadterneuerungsmaßnahme und der Partizipationsprozess legten den Grundstein für eine beteiligungsorientierte Politik und Verwaltung in Uhingen.

ANERKENNUNG FÜR
FRÜHZEITIGE PARTIZIPATION IN DER
STADTENTWICKLUNGSPLANUNG

Gemeinde Deißlingen

Sanierungsgebiet Neue Ortsmitte

Ungewöhnliches Beteiligungsformat – Bürgerdialog auf der Kreisstraße

DATEN & FAKTEN

Gemeinde: Deißlingen
Regierungsbezirk: Freiburg
Einwohner: rund 5.950
Sanierungsgebiet: Neue Ortsmitte
Förderprogramm: Aktive Stadt- und Ortsteilzentren
Förderzeitraum: 2015 – 2024
Fördermittel: 1,2 Mio. Euro

BEGRÜNDUNG DER JURY

Die Gemeinde Deißlingen zeigt, wie eine umfassende, partizipative Stadtentwicklungskonzeption im Vorfeld einer Sanierungsmaßnahme auf den Weg gebracht werden kann. Dabei wird der „klassische" Verfahrensablauf für ein Sanierungsgebiet ergänzt um zusätzliche Beteiligungsformen. Die Bürgerbeteiligung erfolgte in zwei Phasen: In der ersten Phase wurde der Gemeindeentwicklungsplan erstellt, mit Bürgerversammlung, Bürgerworkshops, neun Zukunftswerkstätten, Klausurtagung des Gemeinderats. In der zweiten Phase wird ein städtebaulicher Wettbewerb mit intensiver Bürgerbeteiligung durchgeführt.

Ziele sind die Entwicklung einer neuen Ortsmitte, die Neuordnung des Verkehrsknotens und die Erweiterung des Verwaltungsstandorts. Geplant ist eine aktive Weiterführung der hohen Beteiligungskultur mit aktiven Arbeitsgruppen, um die Akzeptanz für die Vorhaben zu erhöhen und einen effektiven Mitteleinsatz zu gewährleisten. Aus den Zukunftswerkstätten entwickeln sich Arbeitsgruppen, die an der kooperativen Umsetzung mitwirken. Durch die frühe Zusammenarbeit mit aktiven Bürgern ist es gelungen, ein produktives Klima für die anstehenden Umsetzungen in der Ortsmitte zu erhalten. Die Sanierungsdurchführung mit ersten Maßnahmen beginnt in 2015.

ANERKENNUNG FÜR
FRÜHZEITIGE PARTIZIPATION IN DER
STADTENTWICKLUNGSPLANUNG

Stadt Mannheim

Sanierungsgebiet Konversion Benjamin-Franklin-Village

Rundgang im Rahmen der Franklin Factory

DATEN & FAKTEN

Stadt: Mannheim
Regierungsbezirk: Karlsruhe
Einwohner: rund 307.900
Sanierungsgebiet: Benjamin-Franklin-Village
Förderprogramm: Stadtumbau-West
Förderzeitraum: 2015 – 2023
Fördermittel: 4,2 Mio. Euro

BEGRÜNDUNG DER JURY

Der Stadt Mannheim wird eine Anerkennung verliehen für ihre umfassende Partizipationsstrategie im Zuge der stadtweiten Konversionsplanungen, die die Stadtentwicklung in den nächsten Jahrzehnten entscheidend prägen werden. Rund 500 ha militärische Konversionsflächen sollen genutzt werden, um das städtebauliche Gesamtgefüge Mannheims zu stärken und zu stabilisieren. Die Sicherung und der Ausbau vielfältiger Wohnfunktionen, eine angebotsorientierte/alternative Wohnungspolitik, die Erweiterung der Vielfalt der Kultur- und Bildungseinrichtungen, die Nutzung erneuerbarer Energien und E-Mobilität spielen dabei eine wichtige Rolle. Für die Entwicklung des Benjamin-Franklin-Village „Blue_Village_Franklin" wurden die Schwerpunkte erneuerbare Energie und E-Mobilität formuliert. Die Geschichte des Ortes soll gewahrt und 60 Prozent der Grünflächen auf Quartiersebene erhalten bleiben.

Neben Workshops mit unterschiedlichen Zielgruppen, Rundgängen, Vortragsabenden, unterschiedlichen Ideen-Plattformen und einem Bürgerforum gibt es Zukunfts- und Soziallotsen. Es gibt Gremien aus konkreten Nutzern sowie Projektgruppen und eine enge Zusammenarbeit mit den Stadtteilen. Es werden unterschiedliche Zielgruppen angesprochen. Eine Aktivierung erfolgt durch vielfältige niederschwellige Beteiligungsformate. Die Stadt Mannheim gibt jährlich ein Weißbuch zur Dokumentation heraus. Der Prozess der 1.000 Ideen beeinflusst erheblich die Stadt- und Kasernenentwicklung in Mannheim.

ANERKENNUNG FÜR
FRÜHZEITIGE PARTIZIPATION IN DER
STADTENTWICKLUNGSPLANUNG

Gemeinde Schönwald im Schwarzwald

Sanierungsgebiet Ortsmitte

Der Dorfplatz soll im Rahmen des Ortsentwicklungskonzepts neu gestaltet und aufgewertet werden.

DATEN & FAKTEN

Gemeinde: Schönwald im Schwarzwald
Regierungsbezirk: Freiburg
Einwohner: rund 2.300
Sanierungsgebiet: Ortsmitte
Förderprogramm:
Landessanierungsprogramm
Förderzeitraum: 2015 – 2024
Fördermittel: 700.000 Euro

BEGRÜNDUNG DER JURY

Der Gemeinde Schönwald wird für ihren partizipativen Ansatz in der Stadtentwicklung eine Anerkennung ausgesprochen. Ziel der Stadterneuerung ist die Planung eines neuen Ortszentrums auf einer innerörtlichen Freifläche sowie die Beseitigung von Leerständen, unter anderem im Bereich der touristischen Infrastruktur. Zur Erstellung des Gemeindeentwicklungskonzepts wurden innerhalb von zehn Wochen fünf Bürgerwerkstätten durchgeführt und vier Arbeitsgruppen mit je einem Sprecher gebildet. Im Rahmen der Partizipation wurden Leitziele und Handlungsfelder der Stadtentwicklung definiert sowie Maßnahmen priorisiert. Diese werden fortlaufend aktualisiert und fortgeschrieben. Durch Zwischenberichte werden alle Beteiligten auf dem Laufenden gehalten. Öffentliche Gemeinderatssitzungen sorgen für Transparenz.

Auf der Grundlage des Bürgerbeteiligungsprozesses und des Bürgerbeteiligungsberichtes sowie des darin festgehaltenen Kernleitbildes wurde ein Gemeinderatsbeschluss zum Stadtentwicklungskonzept (GEK) gefasst. Das GEK soll parallel zu den vorbereitenden Untersuchungen erarbeitet werden. Die intensive Beteiligung und die daraus resultierende Erwartungshaltung der Bürger veranlassen die Gemeinde, die Maßnahmen entsprechend der Priorisierung zeitnah umzusetzen.

Die Gemeinde stellt das Umsetzungsmanagement personell und finanziell sicher. Es wird ein Umsetzungsbeirat/-beauftragter eingerichtet. Dies dient auch zur Verstetigung der Partizipation. Durch die zeitnahe Realisierung der geplanten Projekte sollen die Motivation in der Bürgerschaft und die Akzeptanz gesichert werden.

ANERKENNUNG FÜR SOZIAL-
ORIENTIERTE STADTERNEUERUNG UND
WOHNUNGSPOLITIK

Stadt Freiburg im Breisgau

Sanierungsgebiet Weingarten-West

Die Hochhäuser aus den 1960er-Jahren stehen seit der Umgestaltung zu Passiv-Hochhäusern bundesweit im Blickpunkt.

DATEN & FAKTEN

Stadt: Freiburg im Breisgau
Regierungsbezirk: Freiburg
Einwohner: rund 220.000
Sanierungsgebiet: Weingarten-West
Förderprogramm: Soziale Stadt
Förderzeitraum: 2006 – 2016
Fördermittel: 14,476 Mio. Euro

BEGRÜNDUNG DER JURY

Die Stadt Freiburg wird für ihre sozialorientierte Modernisierungsstrategie im Wohnungsbau ausgezeichnet. In der Sozialen Stadt Weingarten-West wurden Wohnhochhäuser aus den 1960er-Jahren unter besonderer Berücksichtigung energetischer und sozialer Aspekte beispielhaft modernisiert. Ziele der Stadterneuerung waren die Stabilisierung der Bewohnerstruktur, die Aufwertung des öffentlichen Raums, die Verbesserung des Umweltschutzes und die Stärkung des Images.

Im Rahmen des „Kompetenzzentrums Bürgerbeteiligung“ wurden Aktivierungsstrategien wie Stadtteildetektive mit Grundschülern, Planning for Real, Planung am Stadtmodell und Bewohnertreffs durchgeführt. Bei der Hochhaussanierung wurde der Beteiligungsprozess „Wohnverwandtschaften“ initiiert: Baustellengespräche, Stockwerksbörse, Stockwerkssprecher, Einrichtung eines Concierge-Service, Bereitstellung einer Gästewohnung.

Die Verstetigung erfolgt über dauerhafte Ansprechpartner wie Stockwerkssprecher, Concierge, den Ausbau der Akteursvernetzung und weitere zielgruppenspezifische Beteiligungsangebote.

ANERKENNUNG FÜR SOZIAL-
ORIENTIERTE STADTERNEUERUNG UND
WOHNUNGSPOLITIK

Stadt Heidelberg

Sanierungsgebiet Emmertsgrund

Mit dem „Treff 22“ und dem Platz davor ist unter Mitwirkung der Bürgerschaft ein neuer Quartierstreff entstanden.

DATEN & FAKTEN

Gemeinde: Heidelberg
Regierungsbezirk: Karlsruhe
Einwohner: rund 152.100
Sanierungsgebiet: Emmertsgrund
Förderprogramm: Soziale Stadt
Förderzeitraum: 2001 – 2015
Fördermittel: 4,35 Mio. Euro

BEGRÜNDUNG DER JURY

Emmertsgrund ist ein gutes Beispiel, wie im Rahmen der Sozialen Stadt die Stadtverwaltung, die Wohnungsbaugesellschaften und die Bürger kooperativ eine Großsiedlung dauerhaft aufwerten. Im Rahmen der Sozialen Stadt Emmertsgrund wurden ein neues Stadtteilzentrum errichtet, die soziale Infrastruktur verbessert, Wohngebäude saniert und das Wohnumfeld aufgewertet. Außerdem wurde ein leerstehendes Ladenlokal zu Vereins- und Jugendräumen umgebaut.

Über das Stadtteilmanagement, Bürgerwerkstätten und Vereinsarbeit wurden unterschiedliche Zielgruppen angesprochen. Dies wurde ergänzt um Modellvorhaben in den Bereichen Sprachförderung, Sozialberatung und Elternbindung sowie ein Qualifikations- und Beschäftigungsprojekt für den Concierge-Dienst. Die Bürger haben kleine Maßnahmen mit Unterstützung des Stadtteilmanagements selbst umgesetzt und sich neu mit dem Stadtteil identifiziert.

ANERKENNUNG FÜR UMFASSENDE
PARTIZIPATION BEI STÄDTEBAULICHEN
WETTBEWERBEN

Stadt Altensteig

Sanierungsgebiet Untere Stadt II

Die geplante Renaturierung und Inszenierung der Nagold soll dazu beitragen, den Fluss besser erlebbar zu machen.

DATEN & FAKTEN

Stadt: Altensteig
Regierungsbezirk: Karlsruhe
Einwohner: rund 10.190
Sanierungsgebiet: Untere Stadt II
Förderprogramm: Aktive Stadt- und Ortsteilzentren
Förderzeitraum: 2015 – 2022
Fördermittel: 600.000 Euro

BEGRÜNDUNG DER JURY

Altensteig ist ein gutes Beispiel, wie eine städtebauliche Neuordnung und ein Wettbewerb bürgernah und partizipativ gestaltet werden können. Die Hauptaufgabe bestand darin, die Innenstadt zu stärken, den Fluss Nagold erlebbar zu machen und den Tourismusstandort auszubauen.

Zunächst wurde eine Bürgerumfrage durchgeführt. Anschließend wurden unterschiedliche, zielgruppenspezifische Beteiligungsformate angewendet. Bei der Durchführung eines städtebaulichen Planungswettbewerbs wurden die Bürger aktiv einbezogen.

Die intensive Beteiligung führte dazu, dass die Zentrumsfunktion der Kernstadt bestätigt wurde und eine breite Akzeptanz für die Umsetzung und Finanzierung der Stadterneuerung in der Bürgerschaft entstand. Eine Verstetigung der Beteiligungskultur ist beabsichtigt.

Stadt Bürger Dialog

Rings um ruhet die Stadt; still wird die erleuchtete Gasse,
Und, mit Fackeln geschmückt, rauschen die Wagen hinweg.
Satt gehn heim von Freuden des Tags zu ruhen die Menschen,
Und Gewinn und Verlust wäget ein sinniges Haupt
Wohlzufrieden zu Haus; leer steht von Trauben und Blumen,
Und von Werken der Hand ruht der geschäftige Markt.
Aber das Saitenspiel tönt fern aus Gärten; vielleicht, daß
Dort ein Liebendes spielt oder ein einsamer Mann
Ferner Freunde gedenkt und der Jugendzeit; und die Brunnen,
Immerquillend und frisch rauschen an duftendem Beet.
Still in dämmriger Luft ertönen geläutete Glocken,
Und der Stunden gedenk rufet ein Wächter die Zahl.
Jezt auch kommet ein Wehn und regt die Gipfel des Hains auf,
Sieh! und das Ebenbild unserer Erde, der Mond
Kommet geheim nun auch; die Schwärmerische, die Nacht kommt
Voll mit Sternen und wohl wenig bekümmert um uns,
Glänzt die Erstaunende dort, die Fremdlingin unter den Menschen
Über Gebirgeshöhn traurig und prächtig herauf.
(Friedrich Hölderlin)

Hey, sag mal kann ich dich was fragen?
Findest du mich eigentlich zu dick?
Findest du mich hässlich?
Ich höre immer wieder, dass Leute sagen, dass ich hässlich bin,
also, die sagen, dass ich eben Problemzonen hab'.
Wie findest du mich?
Was macht mich in deinen Augen aus?
Was siehst du in mir?

Weißt du noch, wie wir uns kennengelernt haben?
Wie du mich zum ersten Mal gesehen hast?
Was für einen Eindruck ich auf dich gemacht habe?
Erstmal war alles neu und schön.
Jetzt kennen wir uns schon eine Weile und
du kennst meine schönen,
aber auch die nicht so schönen Ecken.

Willst du mich irgendwie anders haben?
Soll ich etwas verändern?
Klar, da können wir doch drüber reden.

WIR BAUEN WAS AUF!
WIR TAUSCHEN UNS AUS!
WIR HABEN IDEEN
UND MACHEN SIE LAUT!

WIR BAUEN WAS AUF!
WIR TAUSCHEN UNS AUS!
WIR HABEN IDEEN
UND MACHEN SIE LAUT!

Ich bin ein Teil meiner Heimat, meine Heimat Teil von mir
Seh die grenzenlose Freiheit, wenn ich mich im Detail verlier.
Meine Heimat ist hier. Ich brauchte Zeit, bin reingewachsen.
Auf den zweiten Blick erkennt man erst die meisten Eigenschaften.
Zufrieden hol ich mir ein Eis und während ich
die Kräne dieser Stadt zähl, entfern ich mich,
betrachte sie von oben aus der Vogelperspektive,
seh eine Stadt in einem Land, das geprägt ist von so Vielen.
Seh das Individuelle, sehe alles in einem,
Sehe ein komplexes System, ein Ganzes aus Teilen.

Mach den Ort doch so, wie du ihn vorfinden magst,
Deshalb pflanz doch ein Beet auf der Verkehrsinsel da.
Und wenn die Blumen dann da blühn gleich neben der Fahrbahn,
Freuen sich zumindest schon mal die meisten deiner Nachbarn.
Ich kann sie nicht verändern, doch bin ein Teil meiner Stadt,
Und wenn ich was veränder, färbt doch ein Teil auf sie ab.

Ich will mit dir reden.
Ich habe da so eine Idee.
Ich würde das gerne ausprobieren.
Ich weiß noch nicht genau, wie das funktioniert,
aber einen Versuch ist es wert.
Wir sollten zumindest mal darüber nachdenken.

Ja, nein, du musst dich nicht verändern.
Natürlich, so wie es läuft, läuft es schon lange bei dir,
und es läuft ja auch gut.
Aber du könntest dich ändern, du kannst es!
Und wer weiß, vielleicht gefällt es dir ja sogar,
vielleicht hast du ja auch etwas davon,
sodass es dich auf eine Art bereichert.

Also, ich habe dich angesehen
und mir sind ein, zwei Dinge aufgefallen.
Ich freue mich, dass du mich nach meiner Meinung fragst.
Ich glaube, das wird funktionieren.
Komm, das machen wir jetzt!

WIR BAUEN WAS AUF!
WIR TAUSCHEN UNS AUS!
WIR HABEN IDEEN
UND MACHEN SIE LAUT!

© LAUTER LEISE, Stuttgart

HERAUSGEBER
Ministerium für Finanzen und
Wirtschaft Baden-Württemberg
Neues Schloss, Schlossplatz 4
70173 Stuttgart
Tel.: 0711 123-0
Fax: 0711 123-4791
poststelle@mfw.bwl.de
www.mfw.baden-wuerttemberg.de

REDAKTION
Ministerium für Finanzen und
Wirtschaft Baden-Württemberg
Referat Städtebauliche Erneuerung

GESTALTUNG UND REALISIERUNG
freelance project gmbh
Silberburgstraße 112
70176 Stuttgart
www.freelance-project.de

DRUCK
RöslerDruck GmbH
Gmünder Straße 100
73614 Schorndorf
www.roeslerdruck.de

AUFLAGE
1.000 Stück

STAND
August 2015

Die Dokumentation steht zum Download unter www.mfw.baden-wuerttemberg.de im Servicebereich zur Verfügung.

Sie kann auch bezogen werden beim:
Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Neues Schloss, Schlossplatz 4, 70173 Stuttgart
Fax: 0711 123-4804, E-Mail: pressestelle@mfw.bwl.de

COPYRIGHT
© 2015, Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg

GESTALTUNG LOGO STADT BÜRGER DIALOG
spek Design, Stuttgart

VERTEILERHINWEIS
Diese Informationsschrift wird von der Landesregierung Baden-Württemberg im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf während eines Wahlkampfes weder von Parteien noch von deren Kandidaten und Kandidatinnen oder Hilfskräften zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.
Missbräuchlich sind insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.
Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers bzw. der Herausgeberin zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Diese Beschränkungen gelten unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift verbreitet wurde.
Erlaubt ist es jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

BILDNACHWEIS
S. 1: Michael Bode, Stadtteilmanagement Emmertsgrund/TES e.V.; S. 1, 5, 10, 13-17, 25-26, 52 Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg; S. 8 Axel Graser, Städtetag Baden-Württemberg; S.10 Michael Latz, Selma Neuhöfer; S. 12 Arge, Jürgen Weller; S. 15, 18 Klaus Selle; S. 19 die STEG Stadtentwicklung GmbH; S. 20 Gemeinde Neuhausen auf den Fildern, Gemeindetag Baden-Württemberg; S. 23 René Müller; S. 27 Universität Stuttgart; S. 1, 29 Stadt Karlsruhe; S. 31 Landeshauptstadt Stuttgart; S. 33 Martin Duckek; S. 1, 33 Sanierungstreuhand Ulm; S. 1, 35 Stadt Göppingen; S. 37 Stadt Ludwigsburg; S. 1, 39 Stadt Offenburg; S. 40 Erich Meyer; S. 1, 41 Gemeinde Grenzach-Wyhlen; S. 43 Kommunale StadtErneuerung GmbH; S. 1, 45 Stadt Uhingen; S. 45 die STEG Stadtentwicklung GmbH; S. 1, 46 Gemeinde Deißlingen; S. 47 Andreas Henn; S. 48 Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH; S. 49 FSB - Freiburger Stadtbau GmbH; S. 50 Stadt Heidelberg; S. 51 LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH

Wir danken für die freundliche Unterstützung und für die kostenlose Bereitstellung der Pläne durch die jeweilige Kommune.

Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR FINANZEN UND WIRTSCHAFT